

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 926

„Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1.60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4089 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 64

Sonntabend, den 16. März 1901.

8. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lübecker Volksbote“.)

Berlin, den 14. März 1901.

Die heutige Verhandlung des Reichstages wurde nicht anders zu erwarten war, von der Verathung aus dem umfangreichen Etat des Innern zurückgekommen. „Reichsversicherungsamt“ unter ihnen eine der sozialdemokratischen Forderungen, welche die Ernennung von Technikern und Nationalökonomern zu ständigen Mitgliedern des Reichsversicherungsamtes fordert. In der Kommission sollte diese Anregung, Techniker zu berufen, einstimmig angenommen werden; im Plenum befürwortete sie die wilddemokratische Sozialreformer Rösicke-Deffau, der seiner recht beachtenswerthen Rede ferner bedauerte, daß man nicht bei den letzten Reformen der Versicherung eine Karenzzeit beseitigt hat. Freilich hat auch Herr Rösicke, als es Zeit war, diese Forderung nicht mit dem nöthigen Nachdruck vertreten.

Einer scharfen Kritik unterzog Genosse Stadthagen das ganze Versicherungswesen und ganz besonders die Unfallversicherung. Es giebt da recht viel zu kritisieren. Anstalten, die ursprünglich als reine Sanatorien gedacht und als solche von den Arbeitern freudig begrüßt wurden, werden zu gesinnungsstereotypen Zwecken mißbraucht; von den Berufsgenossenschaften errichtete Sanatorien schließen sozialdemokratische, sowie freisinnige und ultrademokratische Kreise vom Auslegen aus. Den angeblich „ehrenamtlichen“ Vorsitzenden der Berufsgenossenschaften werden unter der Form von „Diaten“ Bezüge zugewährt, deren exorbitante Höhe mit der niedrigen Stellung der Arbeiter gezahlten Renten im grellsten Widerspruch steht. — Den schon erwähnten Antrag auf Ernennung von Technikern und Nationalökonomern ins Reichsversicherungsamt begründete in trefflichen Ausführungen Genosse Hoch. Er brachte auch die Sprache, daß fortwährend trotz des gegenseitigen Versprechens der Versicherten die Gutachten der Ärzte auch auf die Erwerbsfähigkeit der betroffenen Arbeiter beziehen. Staatssekretär Graf Posadowsky behauptete, unschuldig daran zu sein; ebenso er über die Frage der Bezüge, die die Vorsitzenden der Berufsgenossenschaften einnehmen, nicht so recht orientiert. — Beschwerden der Bergarbeiter gegen die Abhängigkeit der Versicherungsgesetze trug Genosse Stadthagen vor. Mit Recht verlangte er, daß die Unfallversicherungsgesetze in polnischer Sprache ausgehängt werden und forderte er, daß man endlich der Frage der Anstellung von Arbeiter-Spektoren in gesundheitsgefährlichen Betrieben näher trete. Der konservativ-antidemokratische Abgeordnete Pauli-Potsdam wieder das alte Unternehmervorurtheil, daß die Arbeiter allein Unfälle schuld seien. Genosse Dr. Herzog gab ihm die gebührende Antwort, und beleuchtete die Schädigung der landwirtschaftlichen Arbeiter durch die Unfallversicherungsgesetze.

Rösicke-Deffau nahm die Sanatorien gegen Stadthagen in Schutz, gab dagegen zu, daß „einzelne“ Vorsitzende von Berufsgenossenschaften Entschädigungen erhalten, die in keinem Verhältnis zu ihrer Mithaltung stehen. Der Nationalliberale Silberbrunn brachte es fertig, Stadthagens Ausführungen über die steigenden Ziffern der Unfälle damit zu „widerlegen“, daß er meinte, nicht die Unfälle, sondern die Unfallmeldungen hätten sich vermehrt. Ein Arbeiter sich in den Finger schneiden, melde er nicht, weil ja eine Blutvergiftung daraus entstehen könne. — Herr Dr. Hise vom Centrum ist für die Anziehung von Technikern zum Versicherungsamt, ist gegen die Anziehung von Nationalökonomern, mit der Begründung, daß Ärzte wichtiger seien. Als ob das nicht das andere ausschliesse! — In stillstehenden Kraftverhältnissen, die dicht an die Grenze des parlamentarischen Möglichen vorbeistreichen, tobte der dicke Dr. Dertel aus Stadthagen los und suchte seinen, Dertels, alten Freund, den Landtagsabgeordneten Felisch, zu überzeugen, dem Stadthagen nach des Agrarier Doktors Hauptung bitter Unrecht gethan hatte. Genosse Stadthagen setzte auf den groben Klotz einen groben Keil und leuchtete dem agrarischen Brüllfreund und Chefrebellanten mit der gebührenden Deutlichkeit heim. — Bei der Abstimmung über die Resolution wurde die Sozialdemokratie von den andern Parteien mit Ausnahme der bürgerlichen Linken im Stich gelassen und die Resolution abgelehnt. — Gegen Schluß der Sitzung brachte Genosse Singer zur Sprache, daß zwei Geheimräthe aus dem Reichsamt des Innern als nichtständige Mitglieder ins Reichsversicherungsamt berufen worden sind: Dr. Hoffmann, der bekannte Feind der Krankenkassen, soweit sie von Arbeitern verwaltet werden, und Brunert, der die Denkschrift zur Buchhausvorlage ausgearbeitet hat. Diese Ernennungen wurden auch von den Abgg. Rösicke-Deffau und Trimborn-Röhl getadelt. Graf Posadowsky gab eine Erklärung ab, die sich durch besondere Lendenlahmheit auszeichnete. — Morgen steht die Chinavorlage und der Rest des Etats auf der Tagesordnung.

hagen setzte auf den groben Klotz einen groben Keil und leuchtete dem agrarischen Brüllfreund und Chefrebellanten mit der gebührenden Deutlichkeit heim. — Bei der Abstimmung über die Resolution wurde die Sozialdemokratie von den andern Parteien mit Ausnahme der bürgerlichen Linken im Stich gelassen und die Resolution abgelehnt. — Gegen Schluß der Sitzung brachte Genosse Singer zur Sprache, daß zwei Geheimräthe aus dem Reichsamt des Innern als nichtständige Mitglieder ins Reichsversicherungsamt berufen worden sind: Dr. Hoffmann, der bekannte Feind der Krankenkassen, soweit sie von Arbeitern verwaltet werden, und Brunert, der die Denkschrift zur Buchhausvorlage ausgearbeitet hat. Diese Ernennungen wurden auch von den Abgg. Rösicke-Deffau und Trimborn-Röhl getadelt. Graf Posadowsky gab eine Erklärung ab, die sich durch besondere Lendenlahmheit auszeichnete. — Morgen steht die Chinavorlage und der Rest des Etats auf der Tagesordnung.

67. Sitzung. Mittags 1 Uhr.

Am Bundesrathstisch: Graf Posadowsky. Präsident Graf Ballestrem übermittelt dem Hause den besten und wärmsten Dank des Prinzregenten Luitpold von Bayern für die ihm zum 80. Geburtstag seitens des Reichstages erwiesene Aufmerksamkeit.

Auf der Tagesordnung stehen die seiner Zeit an die Budgetkommission zurückverwiesenen Theile des Etats zur zweiten Lesung und zwar zunächst vom Etat für das Reichsamt des Innern fortdauernde Ausgaben, Kap. Reichsversicherungsamt. Titel 1: Präsident.

Die Abgg. Albrecht und Gen. (S.D.) beantragen dazu folgende Resolution:

Der Reichskanzler möge dahin wirken, daß zu ständigen Mitgliedern des Reichsversicherungsamtes Techniker und Nationalökonomern berufen werden.

In der Vorlage werden für ein mathematisch und verfahrenstechnisch geschultes Mitglied 1500 Mark ausgesetzt.

Die Kommission beantragt, diese Position zu streichen. Ferner beantragt die Kommission folgende Resolution:

Der Reichskanzler möge für die Senatsvorsitzenden beim Reichsversicherungsamt den Rang von Räten dritter Klasse erwirken.

Rösicke-Deffau (wildlib.) befragt sich darüber, daß im Kreis Jansch-Belzig die Kosten für die landwirtschaftliche Unfallversicherung auf der Grundlage der Kreissteuern aufgebracht werden und nicht durch Umlageverfahren bzw. Zuschlag zu den Grundsteuern, wie es im Gesetz vorgeschrieben ist, und wünscht Stellung des Reichsversicherungsamtes direkt unter den Reichskanzler als selbständiges Amt. Dem Wunsch der Sozialdemokraten, Techniker und Nationalökonomern zu ständigen Mitgliedern des Reichsversicherungsamtes zu machen, steht er sympathisch gegenüber. Es kommen häufig Fragen zur Beurtheilung, die nur von Technikern sachlich geprüft werden können. Die Anstellung Sachverständiger ist auch in anderer Beziehung erwünscht. So ist die Mitwirkung von Arbeitern bei den Unfallverhütungsvorschriften geradezu unentbehrlich. Die Berufsgenossenschaften sollten dem Heilverfahren erhöhte Aufmerksamkeit zuwenden. Die Brauereibereitschaft hat dadurch, daß sie möglichst von Anfang an das Heilverfahren eintreten ließ, die Zahl der Entschädigungspflichtigen auf ca. die Hälfte vermindert. Es ist sehr zu bedauern, daß nicht die Karenzzeit bei der Verathung der letzten Unfallversicherungsgesetze überhaupt beseitigt wurde. (Sehr richtig! links). — Redner kritisiert schließlich eine kaiserliche Verordnung vom 19. Oktober vorigen Jahres, wonach die nicht ständigen richterlichen Mitglieder des Reichsversicherungsamtes nicht mehr wie bisher vom Kaiser, sondern vom Reichskanzler ernannt werden. Dadurch würde der Einfluß des Reichskanzlers und des Reichsamtes des Innern sowie des Reichsversicherungsamtes ungebührlich vermehrt.

Stadthagen (S.D.): Es ist mir mitgetheilt worden, daß in einem Orte von Hessen Nassau die Kosten der landwirtschaftlichen Unfallversicherung auf Grund der Staatssteuer veranlagt werden. Das scheint mir ein Widerspruch gegen § 34 des landwirtschaftlichen Unfallversicherungsgesetzes zu sein. Die Zahl der Unfälle vermehrt sich von Jahr zu Jahr. Das sollte den Reichstag veranlassen, das Geldinteresse zu beseitigen, das die Unternehmer an der Vermehrung der Unfälle haben, und die Arbeiter namentlich bei der Kontrolle der Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften mehr zu berücksichtigen. Die Zahl der tödtlichen Unfälle ist von 7100 im Jahre 1896 auf 8100 im Jahre 1899 gestiegen. Ebenso ist gestiegen die Zahl der Verletzungen, die zur Folge hatten, daß der Berufstätige über 15 Wochen erwerbsunfähig war. Angesichts dieser Thatsache können wir nicht dabei stehen bleiben, daß den Arbeitern nicht einmal der volle Schaden ersetzt wird. Durch die Vermehrung der Unfälle werden den Unternehmern eine ganze Reihe von Vortheilen zugewendet. Dieser Vortheil, der dadurch entsteht, daß die Unternehmer nicht den vollen Schaden zu tragen haben, beträgt im Jahre 1896 20 Millionen, im Jahre 1899 35 Millionen. Dadurch, daß die Berufsgenossenschaften in den ersten 13 Wochen überhaupt nicht für die Verletzten eintreten, entfällt ihnen ein weiterer Vortheil, der sich für das Jahr 1899 auf ca. 25 1/2 Millionen stellt. Dazu kommen noch weitere Vortheile bei der Entschädigung der Witwen und Waisen n. s. w., sodas, wenn ich alle diese Gewinne zusammenrechne, der Selbsterwerb für die Unternehmer im Jahre 1896 81 Millionen betragen würde und 112 Millionen im Jahre 1899. Also 112 Millionen Jahres-

gewinn für das Unternehmertum als Folge unserer Unfallversicherungsgesetze. (Hört! hört! bei den Soz.) Selbst wenn man diejenigen Unfälle abrechnen wollte, bei denen der Unternehmer keine Schuld trifft, wenn man also nur diejenigen Unfälle in Betracht zieht, für die die Unternehmer nach dem B. G. B. haften müßten, wenn wir die Unfallversicherungsgesetze nicht hätten, so würde der Gewinn der Unternehmer immer noch den vierten Theil der angeführten Summen betragen. Die angeführten Zahlen zeigen deutlich den Zusammenhang zwischen dem Gewinn der Unternehmer und der Vermehrung der Unfälle. Die Unfallgefahr wird so lange wachsen, als nicht der volle Schadenersatz dem Unternehmertum auferlegt wird. Man hört immer von den kolossalen Summen, die von den Unternehmern für die Arbeiter gezahlt werden. Es kommen aber jährlich auf den Arbeiter nur 4,23 Mark. Ein ganz geringfügiger Betrag im Vergleich zu den ungeheuren Verwaltungskosten. Die Verwaltung würde durch die Beteiligung der Arbeiter an derselben wesentlich verbilligt werden. Am 26. Januar habe ich schon darauf hingewiesen, daß seitens der Berufsgenossenschaften an Ehrenvorsitzende hohe Gehälter gezahlt werden und habe dabei erwähnt, daß Herr Felisch als Ehrenvorsitzender 10000 Mk. Gehalt beziehe, trotzdem er schon seit Jahren nicht mehr Berufsgenosse sei. Felisch hat nun in einer Druckschrift diese Angaben als wissenschaftlich falsche Angaben bezeichnet. Ich habe keinen Anlaß, hier darauf zu antworten, werde aber dem Staatsanwalt anheim stellen, gegen Felisch einzuschreiten, wenn es im öffentlichen Interesse liegt. Es ist ja richtig, daß Herr Felisch das Geld nicht in seiner Eigenschaft als Vorsitzender erhält; er erhält es aus der Sachzeitung; die Sache kommt aber auf dasselbe heraus. Jedenfalls ist trotz seiner Ablehnung Thatsache, daß er nicht mehr Berufsgenosse ist. Er baut nur von Zeit zu Zeit an seinen eigenen Häusern. Die Berufsgenossenschaft — dieselbe, die immer dabei ist, wenn es gilt, den Arbeitern die Rente um 10 oder 15 pCt. zu kürzen — zahlt ihrem Ehren-Vorsitzenden 2000 Mk. zur Einweihung seiner schönen Wohnung. Trotz geistlich vorhandener Handhabe ist von dem Präsidenten des Reichsversicherungsamtes nicht dagegen eingeschritten worden. Auch andere Vorsitzende von Berufsgenossenschaften erhalten für ihr „Ehrenamt“ 4000—12000 Mk. Gehalt. Da kann man wahrhaftig nicht mehr von Fürsorge für die Arbeiter sprechen: das ist Fürsorge für die Unternehmer. Das ganze Verfahren ist greifend; namentlich im Falle Felisch wäre ein Einschreiten dringend erforderlich. Wer Anderer Eigenthum zu seinem Vortheil verwendet, begeht Unterschlagung. Es ist recht wünschenswerth, daß in der Felisch'schen Berufsgenossenschaft die Begriffe Klein und Klein etwas schärfere Ausprägung erhalten. Die Sanatorien, die anfänglich sehr begrüßt wurden, beeinträchtigen die Rechte der Arbeiter, schreiben ihnen die Vorkasse vor und schließen, wie das Sanatorium Gütergoh, sozialdemokratische, aber auch ultrademokratische und freisinnige Zeitungen vom Auslegen aus. Ich möchte dem Präsidenten des Reichsversicherungsamtes dringend um Abhülfe ersuchen. (Bravo! b. d. Soz.)

Hoch (S.D.) begründet den Antrag, Techniker und Nationalökonomern als ständige Mitglieder ins Reichsversicherungsamt zu berufen. In der Kommission waren alle Parteien über die Nothwendigkeit dieser Maßnahmen einig; wir hoffen deshalb, daß unser weitgestrefter Antrag einstimmige Annahme finden wird. Es ist dringend nothwendig, daß im Reichsversicherungsamt nationalökonomisch geschulte Leute den Juristen die Stange halten, deren unheilvoller Einfluß in manchem bedauerlichen Urtheil zum Ausdruck kommt. Wie die Urtheile, lassen auch Berufskritik, Fragestellung und Beamtenanweisung gar häufig den nationalökonomisch geschulten Fachmann vermissen. Es scheint, daß zur Zeit Vorausbedingung der Berufung ins Reichsversicherungsamt eine gewisse Arbeiterfeindschaft ist. So sind Beschwerden mancher Art gegen den Geheimrath Friedeburg vom Reichsversicherungsamt laut geworden. Hat sich doch der Herr Friedeburg in seiner früheren Eigenschaft als Strafrichter in Breslau durch besondere Schweißigkeit im Aburtheilen von Arbeitern einen Namen gemacht. Weiter ist zu verlangen, daß die Arbeitervertreter in reicheren Werken als bisher zur Mitarbeit herangezogen werden. Die Verordnung vom November vorigen Jahres hat hier eine Wendung zum Schlechteren eingeführt. Man hat grundsätzlich mit den Plenarsitzungen aufgeräumt, die bisher den Arbeitervertretern Gelegenheit gaben, sich über die wichtigsten Beschlüsse zu unterrichten. Die Zusammenstellung der Rechnungsergebnisse der Berufsgenossenschaften mußte so eingerichtet werden, daß man daraus ersehen kann, in wieviel Fällen nicht obligatorische Leistungen von den Berufsgenossenschaften verlangt worden sind und wie oft sie gewährt worden sind. Die territorialen Schiedsgerichte sollten so ausgebaut werden, daß es jedem Arbeiter, der eine Rente beansprucht, möglich ist, persönlich vor dem Gericht zu erscheinen. Der Herr Staatssekretär hat 1. Bt. versprochen, dafür zu sorgen, daß die Ärzte nur das begutachteten, was sie als Sachleute übersehen konnten. Infolge dieser Versprechungen haben wir es unterlassen, Bestimmungen darüber zu treffen, wie die Ärzte Zeugnisse auszustellen haben. Das Versprechen ist bis jetzt noch nicht eingelöst worden. Die Ärzte dehnen das Gutachten häufig aus auf die Erwerbsfähigkeit. Der Herr Staatssekretär hätte sich vorher davon überzeugen müssen, welche Mittel ihm zur Durchführung seines Versprechens zu Gebote stehen. Ich möchte bitten, daß alle die vorgebrachten Beschwerden der Arbeiter Beachtung finden. Die Vortheile der Versicherung müssen den Arbeitern auch wirklich zu Gute kommen. (Bravo! bei den Soz.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Ich habe dem Reichsversicherungsamt die Hoffnung ausgesprochen, daß die Ärzte nicht zu Gutachten über die Erwerbsfähigkeit herangezogen werden und habe um Mittheilung gebeten, welche Maßnahmen getroffen wären, um Wandel zu schaffen. Eine Antwort habe ich bisher nicht erhalten. Ich muß vorsichtig sein und auch den Schein vermeiden, als ob ich in die Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes eingreife. Daß ich die Sache nicht habe ruhen lassen, wird der Vorredner aus dieser Erklärung gesehen haben. — Die Frage der hohen Entschädigungen der Vorsitzenden der Berufsgenossenschaften wird auf der nächsten Genossenschaftsversammlung geprüft werden. Sicher ist, daß die Vorsitzenden aus ihrem Ehrenamt keinen Gewinn ziehen dürfen. — Herr Stadthagen hat auf die steigende Zahl der

Staatssekretär Graf Posadowsky: Ich habe dem Reichsversicherungsamt die Hoffnung ausgesprochen, daß die Ärzte nicht zu Gutachten über die Erwerbsfähigkeit herangezogen werden und habe um Mittheilung gebeten, welche Maßnahmen getroffen wären, um Wandel zu schaffen. Eine Antwort habe ich bisher nicht erhalten. Ich muß vorsichtig sein und auch den Schein vermeiden, als ob ich in die Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes eingreife. Daß ich die Sache nicht habe ruhen lassen, wird der Vorredner aus dieser Erklärung gesehen haben. — Die Frage der hohen Entschädigungen der Vorsitzenden der Berufsgenossenschaften wird auf der nächsten Genossenschaftsversammlung geprüft werden. Sicher ist, daß die Vorsitzenden aus ihrem Ehrenamt keinen Gewinn ziehen dürfen. — Herr Stadthagen hat auf die steigende Zahl der

Staatssekretär Graf Posadowsky: Ich habe dem Reichsversicherungsamt die Hoffnung ausgesprochen, daß die Ärzte nicht zu Gutachten über die Erwerbsfähigkeit herangezogen werden und habe um Mittheilung gebeten, welche Maßnahmen getroffen wären, um Wandel zu schaffen. Eine Antwort habe ich bisher nicht erhalten. Ich muß vorsichtig sein und auch den Schein vermeiden, als ob ich in die Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes eingreife. Daß ich die Sache nicht habe ruhen lassen, wird der Vorredner aus dieser Erklärung gesehen haben. — Die Frage der hohen Entschädigungen der Vorsitzenden der Berufsgenossenschaften wird auf der nächsten Genossenschaftsversammlung geprüft werden. Sicher ist, daß die Vorsitzenden aus ihrem Ehrenamt keinen Gewinn ziehen dürfen. — Herr Stadthagen hat auf die steigende Zahl der

Unfälle verweisen. Herr Stadthagen hätte aber angeben müssen, wie sich prozentual die Zahl der Unfälle zur Zahl der gewerblichen Arbeiter verhält. In dieser Hinsicht steigerte sich der Prozentsatz von 0,71 im Jahre 1896 auf 0,78 im Jahre 1898. Diese Steigerung läßt sich leicht dadurch erklären, daß in Folge des Aufschwunges der Industrie zahlreich ungelehrte Arbeiter angestellt worden sind. Die Berechnung des Herrn Stadthagen über den Gewinn der Unternehmer war nicht richtig. Er hat nicht erwähnt, daß die Arbeiter jetzt in allen Fällen Entschädigung bekommen, während sie nach dem Haftpflichtgesetz von jedem Anspruch ausgeschlossen sind, wenn sie ein Verschulden trifft. Wichtig ist es, daß die wohlthätigen Absichten, die mit den territorialen Schiedsgerichten erreicht werden sollen, ganz in Frage gestellt werden, wenn die Bezirke so groß sind, daß die Arbeiter nicht persönlich erscheinen können. Ich hoffe aber, man kommt noch dahin, daß die Schiedsgerichtsbezirke mit den Landgerichtsbezirken zusammenfallen.

Sachse (SD.) beschwert sich darüber, daß die Unfallverhütungsvorschriften in den überwiegend polnischen Bezirken nicht auch in polnischer Sprache erlassen werden. Auch im Bergbau im Ruhrbezirk sind die polnischen Arbeiter sehr stark vertreten. Ferner bitte ich um eine Statistik darüber, in wie viel Fällen die Rentenansprüche der verunglückten Arbeiter auch seitens der Schiedsgerichte abgewiesen worden sind, weil sich die Arbeiter durch verbotsmäßige Vorkommnisse außerhalb des Betriebes gestellt haben sollen. Eine solche Statistik würde beweisen, wie krass Zustände in dieser Beziehung bestehen und daß vom Reichsversicherungsamt sehr viel arbeiterfreundliche Urtheile ergehen. (Beifall b. d. Soz.)

Panitz (Potsdam (R.)): Es ist ja bekannt, daß die Arbeitgeber sehr auf die Innehaltung der Unfallverhütungsvorschriften achten. An den meisten Unfällen ist der Leichtsinne der Arbeiter schuld. (Lachen b. d. Soz.)

Dr. Herzfeld (SD.): Den Herrn Vorredner brauche ich wohl nur an den Werth der Seebereitschaft in Bezug auf die Unfallverhütungsvorschriften zu erinnern: „mundus vult decipi“ (Sehr gut! b. d. Soz.) Ich habe zwei Fragen an den Herrn Staatssekretär zu richten. Zunächst wie steht es mit der anderweitigen Berechnung des Durchschnitts-Jahresarbeitsdienstes der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter, welche der Reichstag im vorigen Jahre in einer Resolution verlangt hat? Und zweitens möchte ich ihn darauf aufmerksam machen, daß nach dem Medlenburger Ausführungsgesetz zum Unfallversicherungsgesetz für land- und forstwirtschaftliche Arbeiter der engere Ausschluß der Mitternacht und Sonntage eingeleitet ist, d. h. eine ständige Vertretung von obigen Großgrundbesitzern. (Hört! hört! b. d. Soz.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Ueber die letzte Angelegenheit werde ich Erkundigungen einzuziehen. Zur anderweitigen Festsetzung der Durchschnittslohn sind die verbündeten Regierungen im vorigen Sommer von mir aufgefordert worden, und haben dieselben angefangen.

Röschke (Dessau (wildlib)): Was die angeregten Verhältnisse in dem Sanatorium Gütergoh anlangt, so ist i. Bt., um keine Partei zu bevorzugen, angeordnet worden, daß dort überhaupt keine Zeitungen ausliegen sollen. Dagegen steht es jedem Jalousien frei, die Zeitung zu halten, die ihm beliebt. — Daß einzelne Vorstände von Berufsgenossenschaften zu große Entschädigungen erhalten, ist Thatsache, dürfte aber nicht vorkommen.

Hilb (M.): Die Statistik, die Herr Sachse verlangt, würde beweisen, daß die Zahl der Arbeiter, die der Rente verlustig gehen, weil sie außerhalb des Betriebes stehen, sehr minimal ist — Was die polnischen Arbeiter anlangt, so wäre es am richtigsten, sie lernen deutsch sprechen. — Die Zahl der entschädigungspflichtigen Unfälle hat sich nicht vermehrt, nur die der angezeigten Unfälle, weil der Arbeiter nicht Kleinigkeit als Unfall anzeigt.

Dr. Hize (Z.): Die Unfallverhütungsvorschriften müßten auch in polnischer Sprache bekannt gemacht werden, wo das nöthig ist. — Die Forderung, daß Nationalökonomien ins Reichsversicherungsamt berufen werden sollen, ist nicht berechtigt, Aerzte wären viel notwendiger.

Dr. Dertel (R.): Die Angriffe des Herrn Stadthagen hat Herr Felsch bereits in einer Verächtung im „Vorwärts“ vom 3. Januar 1899 als unrichtig nachgewiesen. (Hört! hört! rechts.) Herr Felsch bezieht in keiner Form irgend welches Gehalt von der Berufsgenossenschaft. Die Fachzeitung, die Herr Felsch seit 34 Jahren besitz, erhält keinen Rtg. Subvention von der Berufsgenossenschaft. Unwahr ist auch, daß Herr Felsch kein Geschäft mehr betreibt. Er darf gar nicht aus dem Katalog der Berufsgenossenschaft gestrichen werden. Am einfachsten wäre es, Herr Stadthagen wiederholte seine Behauptungen außerhalb dieses Hauses. (Beif. Zustimmung rechts.) Jedenfalls hielt ich es für meine Pflicht, den Ehrenmann Felsch gegen diese unqualifizierbaren Angriffe in Schutz zu nehmen.

Stadthagen (SD.): Herr Dertel hätte die Pflicht gehabt, Thatsachen gegen mich anzuführen, er hat aber nur allgemeine Behauptungen angeführt. Er hätte zum mindesten doch anzuführen müssen, welche Barmen beim Herr Felsch anspricht. Ich lasse mir meine Pflicht nicht nehmen, Mißstände hier zur Sprache zu bringen, die bestehen oder bestehen können. (Hör. v. Kardorff: bestehen sollen!) Jawohl, Herr v. Kardorff, bestehen sollen. Wenn Sie sagen, das ist keine Pflicht, so ist es eine Annahme ihrerseits. (Stoß des Präsidenten.)

Kraß (Graf Ballestrin): Herr Abgeordneter, Sie dürfen einem Mitgliede nicht Annahme vorwerfen, das darf ich mir selbst nicht erlauben. (Große Heiterkeit.)

Stadthagen (fortgesetzt): Ich habe hier eine Fülle von Fällen vorgebracht, damit sie untersucht werden, und der Herr Minister hat die Untersuchung angeordnet. Was soll aber der ganze Lärm? Herr Felsch erklärt es selbst für ehrenrührig, wenn man von ihm behauptet, er habe 12 000 Mk. im Ehrenamt bezogen, und er nur zusammen mit anderen Herrn, von denen herab zugewandert ist, das hohe Honorar im Ehrenamt bezogen. Welche wunderbare Bewunderung der Begriffe! (Sehr richtig! b. d. Sozial.) Herr Hilb meint, die polnischen Arbeiter sollten deutsch lernen, da wäre es doch das Richtige, sie sollten sie überhaupt nicht eher an, als bis sie deutsch können. Jedenfalls haben die Unternehmer dafür zu sorgen, daß die Unfallvorschriften in einer den polnischen Arbeitern verständlichen Sprache zur Kenntniß gebracht werden. Die Behauptung des Herrn Hilb, daß nur die angemeldeten Unfälle, aber nicht die entschädigungspflichtigen zugewandert haben, ist nicht richtig. Thatsächlich betragen die: pro Januar 1891: 28, 1899: 56. (Hört! hört! b. d. Sozial.) Keine Behauptungen sind also vollkommen richtig.

Dertel (R.): Herr Stadthagen hat einfach seine eigenen Behauptungen wiederholt. Ich kann ihn nur wiederholt anfordern, seine Angaben außerhalb des Hauses zu wiederholen, dann ist er nicht auf die Güte des Staatssekretärs angewiesen.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Thatsächlich sind die Unfälle ein ganz klein wenig, um $\frac{1}{2}$ auf 1000 Fälle, gestiegen. Diese außerordentlich geringe Steigerung ist wesentlich darauf zurückzuführen, daß die Arbeiter die Möglichkeiten des Gesetzes in höchsten Maße kennen und in Anspruch nehmen.

Panitz (R.): Herr Stadthagen hat die Stellung als Vorredner der Berufsgenossenschaft nur angenommen unter der Bedingung, daß er darüber Einsichten habe, wie früher als Vorredner in Bergwerken.

Stadthagen (SD.): Herr Kraß vertritt nicht meine Meinung, es handelt sich um einen, daß § 44 des Unfallversicherungsgesetzes zur Geltung kommt. — Darüber, was die Pflicht eines verantwortlichen Leitenden ist, werde ich mich mit Herrn Dertel nicht streiten.

Der Redakteur des „Vorwärts“:
Der Redakteur des „Vorwärts“ hat die Beschlüsse der Delegierten angenommen, ebenso die Resolutionen der Delegierten.
In der Sitzung über die Sozialen (SD.) wird gegen

die Stimmen der Sozialdemokraten und Freisinnigen abgelehnt.

Beim Titel „Vergütungen für die nicht ständigen Mitglieder des Reichsversicherungsamtes“ bringt

Singer (SD.) die Ernennung des Geheimraths Gruert und des Oberregierungsrats Dr. Hoffmann zu nicht ständigen Mitgliedern des Amtes zur Sprache. Der Einfluß des Reichsamts des Innern als der vorgesetzten Behörde auf das Reichsversicherungsamt sollte nicht noch verstärkt werden. Als der Reichstag bei der Beratung des sog. Mantelgesetzes die Zahl der vom Bundesrat zu ernennenden Mitglieder von 4 auf 6 erhöhte, hatte er ganz andere Intentionen, als in dieser Wahl des Bundesrats zum Ausdruck gekommen sind. Diese Wahl steht direkt im Gegensatz zu der damaligen Erklärung der Regierung. Es ist ganz charakteristisch, in welcher Weise der Bundesrat dies Kollegium mit nicht ständigen Mitgliedern besetzt. Mit beiden Herren, auf die die Wahl gefallen ist, hat sich der Reichstag wiederholt beschäftigt. Herr Gruert ist Verfasser jener berühmten Denkschrift zur Buchdruckervorlage. Der Verfasser eines solchen Denkschrift kann auf das Vertrauen der Arbeiter keinen Anspruch erheben, kann nicht mehr als objektiv gelten. (Bravo! b. d. Soz.) Herr Hoffmann hat in der Krankenversicherung der Entredung der Arbeiter das Wort geredet. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Wenn wir auch formell nicht in der Lage sind, von dem Bundesrat eine Aenderung seines Beschlusses zu verlangen, so wird uns der Vorgang doch eine Warnung sein, die Rechte des Bundesrats auszuweihen. Nur vom Vertrauen der Arbeiter getragen, kann das Reichsversicherungsamt wirksam wirken. Mit diesem Vertrauen hätte der Bundesrat sorgfältiger umgehen sollen. (Bravo! b. den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Der Bundesrat kann selbstständig solche Beamte ernennen. Herr Gruert hat bei Abfassung der Denkschrift lediglich im Auftrage gehandelt. Er hat nur das Material zusammengestellt, das ihm von den einzelnen Regierungen zugeht. Von der privaten Publikation des Herrn Hoffmann habe ich schon gesagt, daß sie besser unterblieben wäre. Aber weil sein Verhalten in einem Falle taktisch nicht richtig war, deshalb darf man doch nicht den ganzen Mann verurtheilen.

Röschke (Dessau (wildlib)) und Trimbom (Z.) bekräftigen als Mitglieder der Unfallversicherungskommission die Auffassung des Abg. Singer, daß die Entsendung des Herrn Gruert mit den früheren Erklärungen der Regierung in Widerspruch stünde.

Das Kapitel „Reichsversicherungsamt“ wird darauf bewilligt. Ein Verlagsantrag wird angenommen.

Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr. (Z. Chinavorlage. Weiterberatung der Etatsreste.)
Schluß 6 1/2 Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Das preussische Staatsministerium und der Doppeltarif. Man schreibt der „Freis. Ztg.“: Die Verhandlungen, welche gegenwärtig innerhalb der preussischen Ministerien über die Stellung Preußens zu der Zolltarifvorlage stattfinden, werden zwischen den Kommissaren des Finanzministeriums, des landwirthschaftlichen Ministeriums und des Handelsministeriums einerseits, des Auswärtigen Amtes, des Reichsfinanzamts und des Reichsamts des Innern andererseits geführt. Der Urheber der Doppeltarifvorschlüge ist bekanntlich der frühere nationalliberale Abgeordnete und gegenwärtig in den Staatsdienst übergetretene Professor v. d. Borgh, der Hauptvertreter dieser Richtung im wirthschaftlichen Ausschuss war der Ministerialdirektor Barmuth. In den gegenwärtigen Konferenzen, die am 12. d. M. begonnen haben, scheint sich die Stellungnahme dahin zu accentuiren, daß das Reichsamt des Innern, das Finanzministerium und das landwirthschaftliche Ministerium sich warm für den Doppeltarif, wenigstens soweit Lebensmittelpreise in Betracht kommen, einsetzen werden, während die Vertheidigung auf der anderen Seite ziemlich kühl geführt wird. Das Auswärtige Amt, welches demnächst die Verhandlungen mit den fremden Staaten zu führen hat und die Kosten und den Spott für eine eventuelle Niederlage auf sich nehmen muß, hat natürlich eine geringe Neigung für den Doppeltarif. Die Schlussentscheidung über seine Haltung ist indessen noch nicht gefallen, weil die Entscheidung des Reichskanzlers noch aussteht. Samerhin kann man annehmen, daß über die Frage, ob Einheitszoll oder Doppeltarif, im Laufe der nächsten Woche entschieden sein wird. Die Vertreter des Bundes der Landwirthe sind außerordentlich thätig, um im Privatunterhaltungen schwanke Meinungen zu stützen und widerstrebende Ansichten zu befeuern.

Goldene Worte eines Kriegsministers. Der österreichische Landesverteidigungsminister Graf Welser-Sheimb erklärte in der Sitzung des österreichischen Abgeordnetenhauses vom 12. März: Die Armee, in deren Interesse es liege, geistig, moralisch und physisch entwickelte Soldaten zu bekommen, wünsche der Arbeiterklasse das Beste, und habe auch keinen Grund, der Sozialdemokratie feindlich gegenüberzutreten, wenn diese sich nur im Rahmen der Gesetze halte. — Was sagt Herr v. Gopler zu diesem Kollegen, der seit Jahrzehnten an der Spitze der österreichischen Heeresverwaltung steht, und dem er darum eine gewisse Erfahrung kaum absprechen kann? Was sagen die Schürfmacher des Militarbehaltens und der Kriegervermehrung dazu? Daß auch die österreichische Armee nicht immer jene Unparteilichkeit bezeugt hat, die der Minister als ihren Grundfals aufstellt, ist eine Sache für sich. Seine Worte verdienen jedenfalls auch außerhalb Oesterreichs gehört zu werden.

Neue polnische Nachrichten. In dem Bremer „Wochenblatt“ verzeichnet die „Werkze.“ eine Mitteilung, wonach ein Schloßherren vor dem Landesgericht angeklagt ist, daß er die von Beland bei dem Anschlag auf den Kaiser benutzte Leiche am Abend der Katastrophe auf dem Domshof verheimlicht habe. Damit bekämpft sich, sagt das Blatt hagen, Meißlands Behauptung, daß er die Leiche auf dem Domshof gefunden habe, wo auch ein Jargon die vorher hat liegen gesehen. — Die Chemnitzer „Allg. Ztg.“ meldet auch, daß die mitteldeutschen Kohlenpreise am 1. April gleichfalls erhöht werden.

Die Erhöhung wird für Industriekohlen 2—2 1/2 Pft. betragen eine partielle sein. Eine Vohnerhöhung findet auch hier nicht statt. — Der Unteroffizier Verten, der des Mordes an dem Mittelmarschall verurtheilt ist und am Mittwoch aus dem Untersuchungsgefängnis in Gumbinnen entlassen war, wurde Donnerstag Morgen gegen 4 Uhr vor einem Stadthof von Militärpatrouille wieder festgenommen. — Ein Schatztruhefeld wurde am Donnerstag Morgen im Berliner Thiergarten in voller Uniform erschossen aufgefunden. — Die Stenographen in Braunschweig lehnten den Antrag nach Parteigenossen, an dem Städteprotest gegen den Braunschweiger theilzunehmen, ab. — Die „Times“ melden, daß die Regierung zufolge die Zivilisten des Reichs von Großbritannien und Irland auf jährlich 470 000 Pft. festgesetzt werden soll. Das sind 9 1/2 Millionen Mk. Dazu kommen die kolossalen Nebeneinnahmen, die der König aus dem Vermögen seines Hauses bezieht. Jedenfalls läßt sich bei solchen Einnahmen leidlich gut leben. — Das Studentenkommitee Petersburg verbreitete, der „Frankf. Ztg.“ zufolge, in der Stadt gedruckte Mittheilungen, in denen erklärt wird, daß Karawitsch, der (wie von uns gemeldet) auf den Minister der Volksanführung schloß, nicht als gemeiner Mörder angesehen werden dürfe, da er die That nicht aus persönlichen Gründen begangen habe, sondern nur, um den Kommissaren zu nützen. In der vorigen Woche wurden derartige Belästigungen durch die Stadtpost an zahlreiche, der gebildeten Gesellschaft angehörige Personen verübt, was verständlich ist, da die Presse schweigen muß. — Benjamin Harrison, der frühere Präsident der Vereinigten Staaten, ist am Mittwoch im Alter von 68 Jahren gestorben. Harrison war der 23. Präsident der Vereinigten Staaten und der Enkel des 9. Präsidenten William Harrison. — Der „Chicago Record“ bringt eine Spezialmeldung aus der Stadt Mexiko, nach der bei dem Präsidenten Diaz Anzeichen von Geistesstörung beobachtet werden. Porfirio Diaz war am 9. Juni 1900 zum fünften Mal zum Präsidenten von Mexiko gewählt worden.

Transvaal.

Vom südafrikanischen Kriegsschauplatz. Die Lage hat sich immer noch nicht geklärt. Meldungen vom Kriegsschauplatz liegen überhaupt nicht vor und die sonstigen Nachrichten lassen erkennen, daß die englische Regierung einzulernen versucht. Angesichts der drohenden Wendung der Lage in Ostafrika sowie im Hinblick auf das Weiterumsichgreifen der Pest möchte England die ungeliebte und von ihm angezettelten Krieg recht bald erlösen. Der Kriegsschauplatz hat bereits den Militärbehörden von Kapstadt Befehle gegeben, vorläufig keine Buren-Gefangenen mehr nach St. Helena oder Ceylon zu senden. „Daily Telegr.“ meldet aus Blantyre: Demet war am Dienstag in Senegal. Das „New York Journal“ berichtet aus Pretoria, daß dort ein Waffenstillstand abgeschlossen worden sein soll, welcher bis zur Ankunft Bothas auf Dewets in Pretoria dauern soll.

In Mailand wurden 650 sibirische Banerburken unter dem Verdacht, von den Engländern in Südafrika angeworben zu sein, durch die Polizei angehalten. Nur 47 konnten an der Fortsetzung der Reise gehindert werden; alle anderen hatten regelrechte Pässe nach England. Auch in Schlesien sowie Sachsen waren längst englische Werber aufgetaucht. Die Amtshauptmannschaft in Zittau ist eifrig eintreffend vor den Werberversuchen dieser Leute und erjudum event. Festnahme derselben.

China.

Vom Chinawirrwarr. Mit der sog. Einigkeit der Mächte wird es immer toller. Zunächst dokumentirt sich der Mangel an Beziehungen zwischen Japan und Ausland. Aus Schanghai wird gemeldet: „Die japanische Bank in Port Arthur ist gezwungen worden, ihren Betrieb einzustellen, da Rußland das Bankmonopol zu Gunsten der russisch-chinesischen Bank eingeführt hat. Also Rußland und China Arm. Auch in Amerika verstreift man sich diesen Wahrnehmungen nicht. Eine Meldung der „Sun“ aus Peking berichtet, Rußland sei augenscheinlich beabsichtigt, „Konzert der Mächte“ zu sprengen, indem es China beistehen ferner, daß Rußland eiligst Streitkräfte heranziehe, um eine Demonstration im Golf von Peking zu machen, speziell auch, um Japan zu warnen. Dem „Bureau Laffan“ wird aus Peking vom 13. März gemeldet: „Der deutsche Gesandte antwortete der Regierung Chinas in Betreff des russisch-chinesischen Handelsvertrages in ähnlichen Ausdrücken wie die anderen Mächte, welche China gewahrt haben, und er theilte mit, wenn China mit Rußland eine Ausnahme mache, so würde das für alle anderen Mächte einen Präcedenzfall bilden. Das hat die Chinesen zu weiteren Protesten ermutigt. Einige Gesandtschaften haben schon angefangen, ihre Wohnhäuser zu besetzen.“ Die deutsche Gesandtschaft baut ausgebeutete Baracken. Anfang April wird die letzte Gesandtschaft befristet sein.“

Graf Waldersee ist am 13. März zu zweitägiger Besichtigung nach Tsingtau abgereist. In der Versammlung der Gesandten am Donnerstag wurde über die Frage der Entschädigungen weiterberathen. Das Befinden Li Hung-Schang's ist angeblich wieder gut.

Rüben und Nachbargebiete.

Freitag, den 15. März 1901.

Die Antwort der Arbeiter! Gestern Nachmittag tagte im Vereinshaus eine öffentliche gutbesuchte Wählerversammlung, an welcher hauptsächlich die bei den Annahmestern beschäftigten Gesellen theilnahmen. Arbeitersekretär Wissell hielt einen instruktiven Vortrag. Am Schluß ließen sich zahlreiche Theilnehmer in den Verband aufnehmen. Das war die beste Antwort auf die Provokation der Obermeister im Neumünster!

Achtung, Flußschiffer! Laut Beschluß der Mitgliederversammlung vom 14. März ist über den Betrieb des Flußschiffers Johs. Timm, Hartengrube, wegen Lohnreduzierung die Sperre verhängt worden.

Die Delegation zum Kongresse der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter, welcher am Tage vor der Eröffnung des Verbandstages in Nürnberg statifindet, wurde in der Versammlung, welche am Dienstag stattfand, nach einem beifällig angenommenen Referate des Genossen E. Müller dem Genossen Ladorin, welcher Delegirter zum Verbandstage ist, übertragen.

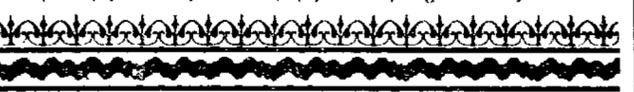
Gegen den Brodwucher! Endlich rafft sich auch unsere Bürgerchaft auf. Wie aus der Tagesordnung ersichtlich, hat Handelskammerpräsident E. D. A. B. unterstützt von 91 Kollegen, einen entsprechenden Antrag gestellt, der leider erst am Ende eines ziemlich reichhaltigen Arbeitspensums erledigt werden soll. Rechnet man etwa darauf, daß unsere Agrarier in der Bürgerchaft die Demonstration flüchtig über sich ergehen lassen

werden? Das wäre angesichts der außerordentlichen Lebendigkeit, welche diese Herren in letzter Zeit zur Schau getragen haben, wohl etwas gewagt! Wir nehmen im Gegentheil an, daß sie, ebensogut wie der Porzellanagrarier Nab im Hamburger Parlamente, ihre Stimme erheben werden; und da erwartet man doch selbstverständlich eine Erwiderung, die sich gewaschen und gefämmt hat. Die stiefmütterliche Zurücksetzung des Antrages kommt diesem nicht eben zu Gute.

Beiz. der Erhöhung des Strompreises geht die Ansicht des hiesigen Mitarbeiters des „Hamb. Corr.“ dahin, daß der Senat sich vorerst in seinen Entschlüssen schwerlich beeinflussen lassen werde, daß man aber im Falle der Annahme des bezügl. Antrages dem Staate in verschiedenen Fällen einen Prozeß machen werde, dessen Ausfall heute noch nicht zu ersehen sei. Gründen werden sich diese Prozesse jedenfalls auf der Thatsache, daß die Interessenten auf bestimmte Jahre ein gewisses Quantum Strom abzunehmen verpflichtet sind durch die Kabellegung, daß es sich hier also um die Nutzung einer Zwangs-Lage handelt. Wie es auch kommen möge, soviel steht fest: von der Maßnahme wird in erster Linie das Kleingewerbe, der Mittelstand getroffen, dem alle Welt bekanntlich helfen möchte. Die Großen wissen sich auf andere Weise vor Schaden zu bewahren.

Die Bürgerschaft wird sich am Montag zunächst mit der Umgestaltung des Burghors zu beschäftigen haben. Einerseits genügt bekanntlich die jegige enge Durchfahrt dem steigenden Verkehr durchaus nicht mehr, andererseits will man selbstverständlich an der herrlichen Gesamterscheinung des Thores nichts ändern, das zu den feinsten und markantesten Bauwerken Lübecks gehört. Beiden Erwägungen kann nur dadurch Rechnung getragen werden, daß man die drei außerhalb des Thores stehenden Häuser niederlegt, um eine zweite geräumige Durchfahrt herstellen zu können. Der Kostenpunkt — 176 000 Mk. — ist zwar kein geringer; die Anlage ist jedoch notwendig. Abgesehen von der Verbesserung der Passage, wird ein Panorama geschaffen, wie es imposanter nicht gedacht werden kann. — Geschäftsanhäuser im Bureau der Allgemeinen Armenanstalt macht die Anstellung eines Kanzlisten zweiter Gehaltsklasse erforderlich. Der bisherige Hilfsarbeiter kann also auf feste Anstellung zum 1. April rechnen. — Für eine neu angeschaffte Kollbar-Kasse müssen zum 1. April zwei Schiffer (Führer) mit einem Durchschnittsgehalt von 1580 Mk., ein Maschinist mit 2182 Mk. und ein Feizer mit 1380 Mk. angestellt werden. — Die erweiterte Zuständigkeit des Amtsgerichts, welche das Neue Bürgerliche Gesetzbuch mit sich geführt hat, verursachte zunächst die Schaffung von drei neuen Richterstellen. Es hat sich jedoch schon jetzt herausgestellt, daß diese bei weitem nicht genügen, wenn die Rechtspflege eine geordnete sein und die Kräfte der Angestellten nicht über Gebühr in Anspruch genommen werden sollen. Deshalb müssen zwei neue Richterstelle und eine neue Gerichtsschreiberstelle errichtet werden. — Der Kanalhafen fordert die Summe von 224 000 Mk. Es mangelt an Bösch- und Ladeplätzen, sodaß die Kanalschiffe in den Seehafen gedrängt werden, wo sie den Verkehr behindern. Es sollen daher zunächst auf der rechten Kanalseite beim Hütterdamm 300 Meter Kai hergestellt und die nötigen Pflasterarbeiten vorgenommen werden. Zur Zeit stehen zwei größere Lagerschuppen an der Stadtseite des Kanalhafens. Der Grund ist noch immer nicht genügend fest, sodaß noch lange nicht überall feste Uferbefestigungen hergestellt werden können. Darüber dürften wohl noch Jahre vergehen. Die in Aussicht genommene Strecke besitzt jedoch nach Ansicht der Bautechniker die erforderliche Haltbarkeit. Dort sollen zweifelhafte Böcke eingerammt, vorne unter Wasser mit leichter Spundwand versehen, unter sich verbunden und einbetoniert werden, daß der obere massive Aufbau über Wasser die Form einer leichten Raimauer erhält. Der Uferand zwischen der Raimauer und der Hütterdammbrücke soll ebenfalls mit einer kleinen Mauer abgeschlossen werden und diese für das Antegen von Bötten und kleinen Schleppdampfern ausgebildet werden. Die Anlagen sollen zum größten Teil bis Ende dieses Sommers fertiggestellt werden. — Platz für Segelschiffe soll bei der Krumpen Insel (Kochs Werft) geschaffen werden. Durch die Bohlwerkbauten der letzten Jahre ist derselbe erheblich beschränkt worden, was namentlich angesichts des Umstandes, daß die Schiffe oft Nachts in größerer Zahl eintreffen (40 und mehr an einem Tage), sehr unangenehm empfunden wird. Da die Dalben unterhalb Fehling's Garten bis zu den Kohlenlagerplätzen haben weichen müssen, so wird nun geplant, daß das Fahrwasser neben dem verbliebenen Reste der Krumpen Insel durch Abbaggerung soweit verbreitert werden soll, daß hier zwei Reihen Dalben in

etwa 40 Meter Abstand von einander, die erste auf volle Tiefe und mit 100 Meter Pfahlentfernung, die zweite am neuen Uferende mit 4 Meter Wassertiefe und 60 Meter Pfahlentfernung eingerammt werden können. Die Anlage kostet 82 000 Mark. — Die neuen Holzlagerplätze auf den Vorwerker Wiesen müssen nach Fertigstellung des 300 Meter langen Bohlwerts profilmäßig aufgehöhht, besandet, mit Zufahrtstraße und Eisenbahngleise versehen werden. Der dazu erforderliche Boden wird theils von der Krumpen Insel (siehe vorher), theils vom Kulenlamptai entnommen. Der Kostenpunkt ist 64 000 Mark. — Die moddeartige und deshalb sehr unzuverlässige Beschaffenheit des Untergrundes an der eben bezeichneten Stelle macht, um ein Ueberweichen des Bohlwerts in das Wasser zu verhindern, eine stärkere Verankerung desselben notwendig, wofür 6500 Mark ausgeworfen sind. Die 16 Meter landeinwärts stehenden Ankerpfähle stehen noch in vollständig weichem Grunde. Sie sollen deshalb durch eine 48 Meter landeinwärts eingerammte Pfahlreihe, mit der sie durch Drahttaue verbunden werden, nochmals gesichert werden. — Der 9. und 10. Antrag behandelt die Pflasteranlagen in Stadt und Vorstädten. Die Engelsgrube erhält von der Trave bis Engelswisch schwedische Kopfsteine 3. Sorte und der Bürgersteig Asphaltbelag auf Kiesbetonunterlage, die Stockengießerstraße vom Ig. Lohberg bis Kanalhafenstraße bezgl., die Fleischhauerstraße zwischen König- und Schlumacherstraße belgische Porphyrfeste 1. Sorte, neue Bordsteine und Asphaltbelag des Troitours bis an die Häuserfronten, ebenso der Kohlmarkt, welcher an der höchsten Stelle um 0,30 Meter zu senken ist, wobei dasselbe mit der Einfahrt zum Grundstück Nr. 7 (Wildens Gasthof) zu geschehen hat. Der Hütterdamm wird an der Mauer verbreitert auf Kosten des dortigen städtischen Areals, der alte Brückenburchlag zugeschnitten und die Fahrbahn in 9 Meter Breite mit schwedischen Kopfsteinen 3. Sorte gepflastert u. s. w. Das Pissoir soll beseitigt werden; es ist in Aussicht genommen, das baufällige Pissoir an der Hütterdammallee gleichfalls abzureißen und beide durch eine zeitgemäße Bedürfnisanstalt zu ersetzen. In den Vorstädten sind besonders die Pflasterung der verbreiterten Kirchenstraße, der Hinterbelag der Cronsforder Allee an der Nordwestseite vom Krankenhaus bis zur Grenze des inneren Bezirkes, die Pflasterung u. s. w. der Marienstraße, die Verlängerung der Broding- und Warendorpsstraße sowie die Herstellung eines befestigten Fußwegs von der Luisestraße durch die Sandbergstannen über den Heiligen-Geist-Kamp nach der Arnimstraße zu erwähnen. Letzteres geschieht sowohl mit Rücksicht auf die Werftarbeiter, wie auf die Spaziergänger, welche die Tannen aufsuchen. — Ueber das Preisauschreiben zur Beschaffung von Fassadenentwürfen, welches vom Verein von Kunstfreunden angeregt ist, haben wir bereits berichtet. Es handelt sich um die löbliche Absicht, dazu beizutragen, daß das eigentliche Lübeck sich nach Möglichkeit sein schönes charakteristisches Gepräge bewahrt.



Zuzug ist fernzuhalten

von

Zimmerern nach: Penzlin.
Bauarbeitern nach: Kiel.
Schneidern nach: Kiel, Bremen.
Brauereiarbeitern aller Branchen nach: Kiel.
Töpfern nach: Kiel, Wilhelmsburg (Wec).
Textilarbeitern nach: Rendsburg.
Maurern nach: Rendsburg, Penzlin, Grabow.
Gärtnern nach: Hamburg, Altona und Umgegend.
Tischlern nach: Elmshorn.
Bergoldern nach: Grabow.



Achtung, Gewerkschaftsmitglieder! Am morgigen Sonnabend wird zum ersten Male die von den organisierten Arbeitern in's Leben gerufene und betriebene Gewerkschaftsbrauerei, Hütterstraße 79, ihre vortrefflichen Eimerbier vor dem Holstenthor verkaufen und zwar im Hause des Herrn W. Keller, Wickedestraße 42. Damit ist einem langgehegten

berechtigten Wunsche der konsumierenden Arbeiterklasse Rechnung getragen und ihr die Unterstützung ihres eigenen Unternehmens wesentlich erleichtert worden. Wir wollen nicht unterlassen, bei dieser Gelegenheit den politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeitern von Lübeck und Umgegend den Bezug der Produkte dieses von ihrem Gelde errichteten Brauereiuunternehmens angelegentlich zu empfehlen. Die Brauerei ist im Laufe der Zeit in allen Theilen auf das Beste eingerichtet, sie ist leistungsfähig, und ihre Biere sind so schmackhaft, daß sie jeden Vergleich mit ähnlichen Erzeugnissen aufnehmen können. Umsonst liegt es im ureigensten Interesse der Arbeiter, mit ihrem Bunde zu wuchern und das Unternehmen zu einem für die Gesamtheit nutzbringenden zu gestalten. Mögen sie dafür sorgen, daß die Opfer, welche sie im vorigen Sommer gebracht haben, ihnen selbst reiche Früchte tragen. Das können sie mühelos durch thätkräftige Unterstützung der Gewerkschaftsbrauerei.

Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargemeinde. In Buchholz in Dithmarschen wurde am Sonnabend der Genosse Jürgen Fahn als Vertreter der 3. Klasse in die Gemeindevorstellung gewählt. Durch die Wahl des Genossen Fahn hält der erste Sozialdemokrat seinen Einzug in das Gemeindevorstandamt. — Zur bevorstehenden Bürgervertreterwahl wurden in Bergedorf die Genossen Lagerhalter Klotz und Schuhmachermeister Voller als Kandidaten aufgestellt. — Der sozialdemokratische Verein für den Wahlkreis (Hamburg II) hatte am Schlusse des vergangenen Jahres 2624 Mitglieder. Der Verein hatte eine Jahreseinnahme von 20 919 Mark. Unter den Ausgaben finden sich 8500 Mark an die Parteikasse in Berlin, 2065 Mark für Landagitation, 500 Mark an die Agitationskommission in Renssauerstr. Seit Bestehen des Vereins wurden an die Mitglieder 83 Broschüren in 92 283 Exemplaren mit einem Kostenaufwand von rund 15 000 Mark vertheilt. — In Hamburg haben in zahlreicher besuchter Versammlung die Gärtner beschlossen, am 1. April die Arbeit in denjenigen Geschäften einzustellen, welche die geringfügigen Forderungen dann noch nicht bewilligt haben. — In Bremen sind mit Ausnahme von drei Geschäften, welche bewilligt haben, sämtliche Schneider ausgesperrt!

Kleine Chronik der Nachbargemeinde. Der Gemeindevorsteher, Referendar a. D. Moritz in Dietrichsdorf bei Kiel, ein gar schneidiger Herr, tritt nun zum 1. April von seinem Posten zurück. Er wurde vor Kurzem von der Kieler Straßammer wegen Freiheitsberaubung zu einigen Tagen Gefängnis verurtheilt. Er hatte einen bei ihm arbeitenden jungen Schreiber im Bureau durch seinen Vollziehungsbeamten einschließen lassen und ihn gedroht, er solle nicht eher heraus, als bis er seine rückständigen Steuern bezahlt habe! — In Kl. Freienholz bei Tetsch brannte eine Bäckerei ab. Wegen Verdachtes der Brandstiftung wurde das dieselbe bewohnende Ehepaar verhaftet. — Die Bluthat von Bentwisch i. M., über welche wir i. Zt. berichteten, fand vor dem Schwurgerichte in Gütrow ihren Abschluß. Nach einem wüsten Schnapsgelage, das zum Abschiede eines sogenannten Schweizers veranstaltet war, entstand in genanntem Orte eine Messerfehde, bei der der Oberschweizer Bersing getödtet wurde. Die ermittelten Thäter, Knechte Hugo Bollmann und Karl Schröder, wurden zu 4 Jahren reib. 10 Monaten Gefängnis verurtheilt.

Travemünde. Wegen Beleidigung des Gemeindevorstehenden Meinde hatte sich der Vorsigende der hiesigen freiwilligen Feuerwehr, Hotelier Goldschmidt, vor dem Gerichte in Lübeck zu verantworten. In einer im „Gen. Anz.“ ausgefochtenen Zeitungspolemik hatte er behauptet, Herr Meinde habe von einer etwas sehr eigenartigen Aeußerung eines Gemeindevorstandesmitgliedes Kenntniß gehabt. Die Sache wurde durch Vergleich aus der Welt geschafft, nachdem der Angeklagte die Ueberzeugung gewonnen, daß sein Gegenpart die Redensart von dem Schriftfahnen bei Beförderung der Spitze, um die es sich handelte, nicht gekannt.

Entin. Der Landtagsabschied, das ist die Antwort der Krone auf die in der letzten Sitzung gefaßten Beschlüsse, ist erschienen. Danach sind dieselben sanktionirt. Man wird dadurch wieder recht unliebjam an die Erhöhung der Zivilliste erinnert. Es heißt darüber im Abschied nur, daß mit dem Landtage eine Vereinbarung getroffen sei, die baare Subvention vom 1. Januar auf 400 000 Mark zu erhöhen. — Die oldenburgische Regierung gegen den Brodwucher? Durch die Presse geht die auch vom „E. W.“ wiedergegebene Nachricht, daß die oldenburgische Regierung ihrem Vertreter im Bundesrathe aufgegeben habe, gegen die Erhöhung der Getreidezölle zu stimmen. Die Nachricht ist in der „Frankfurter Zeitung“ zuerst aufgetaucht. Der „Generalanzeiger“ (Oldenburg i. Gr.), der von der Regierung häufig zu offiziellen Kundgebungen benutzt wird, demeritirt die Richtigkeit dieser Nachricht, und sichert mit Recht. Abgesehen davon, daß diese Instruktion viel zu früh ertheilt zu sein scheint, so ist es gar nicht ausgemacht, daß die Regierung gegen die Erhöhung der Kornzölle ist. Nach der Begründung der Erhöhung der Zivilliste ist sie agrarisch angeleitet. Die Agrarier haben, wenn auch nicht im Lande, so doch bei der Regierung, großen Einfluß, und es ist leicht möglich, daß er so groß ist, um die Regierung zu bestimmen, für eine „mäßige“ Erhöhung der Getreidezölle einzutreten.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im Lübecker Volksboten inseriren, zu berücksichtigen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu berufen

Kortungshalber eine Wohnung
zum 1. April oder Mai.
Obertrave 47, 1. Etg.

Gesucht zum 1. Juli eine Wohnung
am liebsten vorm Burghor, im Preise bis zu 150 Mk. Off. unt. E an die Exp. dies. Blattes.

Zu vermieten eine große leere Stube mit Boden.
Fallenstraße 28a, 1. Etg.

Ein freundliches Logis
Weicherstraße 16a.

8ediger Salontisch, echt Nußbaum
zu verkaufen.
Näherr's Friedenstraße 33, 1. Etg.

Zum 1. Mai ein zuverlässiges Mädchen
unter 16 Jahren.
Nequidienstr. 20.

Gesucht ein kleiner Knecht
zu allen vorkommenden Arbeiten.
„Zum roten Löwen.“

Gesucht sogleich oder Dstern Laufbursche
für ganze Tage.
Herm. Prenzlau, Untertrave 67.

Verkaufen ein gelbbuntes Fuhr.
Abzugeben Bleicherstr. 21.

Zu suche noch Theilnehmer am Bürgerl. Mittagstisch
Fleischhauerstraße 78, 2. Etg.

Billich zu verkaufen ein guterhaltener Kinder-Sigwagen
Steinstraße 22a.

Gute Cigarren
100 Stück 2,90 Mk.
Mittlere Johannisstrasse 17-19.

Gröste Fahrrad-Reparatur
Gut und billig. Erprobtheile aller Systeme.
Mantel Mt. 8, Schlauche Mt. 4, Achsenlaternen Mt. 4,50 H. A. Hill, Johannisstraße 9, Fahrradhandl. u. Nähmaschinenhandl.

Margarine
von Klatt & Dittmann in Hamburg.
Verkaufsstellen erkenntlich durch Plakate.
Lager und Vertreter:
Leopold Dose, Lübeck, Breitestrasse 3.

Frankenthal & Co.

21 Holstenstr. 21

37 Breitestr. 37

Von heute ab bis auf Weiteres gelangen

Petroleumkocher

Fabrikat: Vereinigte Metallwaren-Fabriken vorm. Haller & Co., Litoua-Dänien.
anerkannt bestes Fabrikat

Zu ganz bedeutend herabgesetzten Preisen zum Verkauf.

Unerreicht billig! **Unerreicht billig!**

2 Flammen		3 Flammen		4 Flammen		6 Flammen	
sonst	4,10 Mt.	sonst	6,40 Mt.	sonst	7,75 Mt.	sonst	13,— Mt.
jetzt	2,85	jetzt	4,—	jetzt	6,—	jetzt	9,—

Ein Posten emaillirter Kochtöpfe

durch Zufall enorm billig!

Achten Sie bitte genau auf unsere Schaufenster!

Weißer Bohnen

per Pfund 12 Pfg.
H. Wilde, Heinrichstraße 18.

Ringäpfel

per Pfund 30 Pfg.
H. Wilde, Heinrichstraße 18.

Pa Kalbfleisch Pfd. 30 Pf., Leber- u. gef. Wurst Pfd. 70 Pf., Brannschweiger u. Preßwurst Pfd. 60 Pf., Kopffleisch Pfd. 30 Pf. empfiehlt

W. Russ, Engelswisch 24.

Pflaumen

per Pfd. 18 Pfg., 2 Pfd. 35 Pfg.
empfehlen

Reinh. Büsen

Arnimstr. 1a.

Ringäpfel

(schneeweiß)
per Pfund 40 Pfg., bei

Reinh. Büsen

Arnimstr. 1a.

Schweinefleisch 60 Pfg., Kopf u. Bein 25 Pfg., Rindfleisch 70 Pfg., ger. Carbonade 75 Pfg., fettes ge. Schwein 40 Pfg., fettes Schmalz 70 Pfg., gef. Mettwurst 70 Pf., Leberwurst u. ger. Leberwurst 70 Pfg., Preßwurst 50 Pfg., Brannschweiger Mettwurst 50 Pfg., frisches Kopffleisch 30 Pfg., Brodwurst à 10 Pf., frisches Schwarzküch 10 Pfg., sowie vieles Aufschnitt empfiehlt

H. Lahriz, Böttcherstraße.

Empfehle heute und tolle Tage
pa. fettes Fleisch, viele Kloben, Rindfleisch, verschiedene Wurstsorten sowie jeden Tag frisches Schafte u. Scheibenbrot.

Johs. Fischer, Engelswisch 32

Gem. Zucker

Pfund 30 Pfg.

Würfelzucker

Pfund 32 Pfg.

H. Bülck

Breitestr. 52.

Perasprecher 149.

29 Markthallen-Strand 29.

Billig! Pa. Kalbfleisch Billig!

29 Markthallen-Strand 29.

Neu eröffnet!

31 Breitestr. 31.

Bahr & Umlandt

langjährige Verkäufer bei J. H. Pein und Heick & Schmaltz.
Unsere sämtlichen Läger in Herren- und Knaben-Garderoben, sowie Arbeits-Garderoben sind jetzt vollständig sortiert.

Confirmanden-Anzüge von 7.50, 18.00.

Kleiderstoffe in großer Auswahl.

Betten, Bettfedern u. Daunen enorm billig.

Gardinen von 20 Pf. Tischdecken sehr billig.

Confirmanden-Anzüge

in verschiedenen Preislagen billigst.

Johs. Klempau, Mühlenstraße 32.

Am Sonnabend und Sonntag eröffne ich meine neu renovirte Gaststube, gleichzeitig empfehle original Regensburger Würste, ff. Eisbein, ff. Hansa-Bier.

Alle Freunde und Gönner lade ergebenst ein.

Hugo Boysen, Böttcherstr. 18.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Zahlstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung

am Sonnabend den 16. März

Abends 8¹/₂ Uhr

im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52.

Tages-Ordnung:

1. Experimentalvortrag des Kollegen **Wissel**: „Das Goldschmidtsche Verfahren zur Erzeugung hoher Wärmegrade und die praktische Anwendung“.

2. Vertrauensmännerwahl.

3. Fragekasten.

4. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Die Ortsverwaltung.

Sämtliche Sorten **Gemüse- und Blumensamen** in vorzüglicher Qualität, empfiehlt

H. Wilde, Heinrichstraße 18.

Gemüse-Conserven

in großer Auswahl zu bedeutend ermäßigten Preisen empfiehlt

Reinh. Büsen
Arnimstr. 1a.



Empfehle: Pa. Rindfleisch, Schweinefleisch, und Kalbfleisch

zu den billigsten Tagespreisen.
F. Block, Subwajtr 37, Markthallenstr. 34 u. 35

Eine Parthie Tilsit. Vollfettkäse

fett und pikant
jetzt Pfd. 60 u. 70 Pf.

C. Harz

Breitestraße 60 a.

Gewerkschafts-Brauerei.

Für die Bewohner des Holstenthor!

Einem langgehegten Wunsche der Genossen nachkommend, geben wir hiermit bekannt, daß am

Sonnabend den 16. März

Abends von 5—9 Uhr

im Hause des Herrn M. Keller,

Bildedstraße 42

Eimerbier

verkauft wird und ersuchen die verehrlichen Anwohner um Abnahme desselben.
Die Geschäftsleitung.

Rensefeld.

Umständehalber findet die Volksversammlung am Sonnabend den 16. d. M. nicht statt. Dafür wird am Ende dieses Monats eine Versammlung stattfinden, in der Reichstagsabg. Ledebour aus Berlin über die Kornzölle sprechen wird.

Achtung! Werftarbeiter!

Ausserordentliche Verbands-Versammlung

am Sonnabend den 16. März.
Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist notwendig.
Der Vorstand.

Achtung! Schneider!

Sonntag den 17. März 1901

Ausserordentliche Verbands-Versammlung

im Vereinshaus.
Tages-Ordnung:
Bericht der Lohnkommission.
Pflicht jedes Kollegen ist es, pünktlich zu erscheinen.
Die Lohnkommission.
Lohnkarte sind à Stück 10 Pfg. zu haben bei E. Barzel, Gundestr. 81, I., bis Sonntag Nachm. 4 Uhr.

Stadt-Theater.

Sonnabend 7 Uhr.
(164) Schüler- u. Volksvorstellung bei ermäßigten Preisen.
Beste Aufführung

Ueber unsere Kraft.

(2. Theil)
Sonntag 7¹/₂ Uhr.

Die Fledermaus.

Nachmittags 4 Uhr.
Die Haubenlerche.
Halbe Preise.

Meineidsprozesse und Schwurgerichte.

I.

Die Königer Meineidsprozesse gegen Maßhoff und gegen Julius Levy haben das öffentliche Interesse auf's höchste erregt und die alte Frage nach der Zweckmäßigkeit der Schwurgerichts-Justiz von Neuem aufgerollt. Die Kleinmühsarbeit, die die Reaktion gegen das Schwurgericht als eine alte Errungenschaft des Liberalismus führt hat nie ganz geruht. Jetzt aber gesellen sich dazu Angriffe aus liberalen Kreisen; es giebt leider Leute, die alle Grundsätze über Bord zu werfen geneigt sind, sobald ihre Anwendung sich einmal gegen sie lehrt.

Es ist nun nicht zweifelhaft, daß die antisemitische Volksstimmung bei den beiden Königer Prozessen auf die Entscheidung eingewirkt hat. Das Urtheil im Maßhoff'schen Fall zeigt klar, daß die Sympathien der Mehrheit der Jury auf Seiten der antisemitischen Angeklagten waren, und daß ihr deren wunderbare Behauptungen mindestens nicht widerlegt erschienen sind.

Der Levy'sche Fall läßt sich für Jemand, der der Verhandlung nicht beigewohnt hat, weniger leicht beurtheilen. Angesichts des Umstands, daß eine Anzahl der näheren Bekannten Winters von dessen Verkehr mit Levy nie etwas bemerkt haben, erscheint die Belastung ungemein schwach; man muß überhaupt bezweifeln, daß in einem so von Leidenschaften durchwühlten Bezirk wie König und in einer die Interessen der beiden Parteien so stark berührenden Frage es jetzt noch möglich wäre, auf Grund von Zeugenaussagen ein sicheres Bild zu gewinnen. Beweis genug die Stimmung des Publikums, das von vornherein Levy für schuldig erklärt hat, und die tumultuarischen Possibilitäten, die selbst Dem widerlich sein müssen, der annimmt, daß Levy falsch geschworen, daß er vielleicht, wie es oft geschieht, aus Angst vor Unannehmlichkeiten einen an sich harmlosen Umstand abgeleugnet habe.

Untersuchungen wegen Meineids bieten ganz besondere Schwierigkeiten, weil es hier gilt, sich in die Seele, in die Wahrnehmungsfähigkeit und das Erinnerungsvermögen eines anderen, des Angeklagten, hineinzuversetzen. Jeder Kriminalist macht täglich die Erfahrung, daß derselbe Vorgang von verschiedenen Leuten, an deren Gewissenhaftigkeit zu zweifeln man keine Ursache hat, ganz verschieden beobachtet wird, daß er sich dann wieder in der Erinnerung bei beiden ganz verschieden gestaltet, und daß endlich seine Wiedergabe bei der Vernehmung ganz neue, der individuellen Ausdrucksweise der Befragten entsprechende Verschiedenheiten aufweist, so daß am Ende völlig abweichende Bilder entstehen. Ich erinnere hier nur an den Fall des Landgerichts-Direktors Schmidt in Breslau, der in öffentlicher Gerichtsitzung eine Aeußerung gethan hatte, die so verstanden worden war, als wolle er die Führer der Sozialdemokratie bezichtigen, ihre Anhänger zum Meineid anzureizen. Diese Aeußerung hatte schon in dem Augenblick, wo sie gefallen war, das lebhafteste Interesse erregt und sofort zu einer heftigen Auseinandersetzung zwischen dem Verteidiger und dem Direktor geführt; als es aber später bei einer Beleidigungsklage gegen den Redakteur Thiel erforderlich wurde, den Wortlaut genau festzustellen, ergab sich, daß die Anwesenden, Verteidiger, Staatsanwalt, Richter, Gerichts-Beichtstatter, also lauter gebildete und in der Erfassung solcher Umstände geübte Leute, über die wesentlichen Ausdrücke erheblich von einander abwichen, so daß

eine objektive Feststellung nicht mehr getroffen werden konnte. Gerade weil unzählige Zeugenaussagen gemacht werden, die in irgend einem Punkte objektiv unrichtig sein müssen, ist der Nachweis eines wirklich wissenschaftlichen Falschweides im einzelnen Falle außerst schwer. Deshalb pflegen die Staatsanwaltschaften mit der Erhebung von Meineidsanklagen im allgemeinen zurückhaltend zu sein, und trotzdem endet immer noch ein sehr erheblicher Theil dieser Anklagen mit Freisprechung. Aus demselben Grunde ist aber auch ein Irrthum zu Ungunsten eines Angeklagten in einem Meineidsprozeß sehr leicht möglich, namentlich in Fällen, in denen allgemeine Stimmungen oder Leidenschaften mitspielen.

Wir Sozialdemokraten sind ganz besonders hierbei interessiert, weil in den letzten zehn Jahren einige unserer Parteigenossen wegen Meineids verurtheilt worden sind, von deren Unschuld wir auf Grund unserer Kenntniß der Persönlichkeiten und der Umstände felsenfest überzeugt sind. Die Verurtheilung des Genossen Matthies in Magdeburg, der Meineidsprozeß gegen Schröder und Genossen, der ganz Deutschland weit über die Grenzen unserer Parteifreie hinaus erregt hat, sind noch unvergessen, und dazu gesellte sich vor einem Jahr die Verurtheilung des Genossen Holst aus Wismar.

Im letzten Fall fehlte zunächst jedes verständliche Motiv, das den Angeklagten zu einem Meineid hätte verleiten können, und als der Verteidiger hierauf aufmerksam machte, erwiderte der Staatsanwalt, das Motiv läge klar zu Tage, Holst habe offenbar die Absicht gehabt, der ihm als Sozialdemokraten verhassten Polizei eine Unregelmäßigkeit nachzuweisen und seinen Parteigenossen, den Angeklagten Steinbrügge, herauszureißen. Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß die Geschwornen bei ihrer nur wenige Minuten währenden Berathung über die Schuldfrage gerade durch diese Beweisführung überzeugt und geleitet worden sind, während wir Sozialdemokraten es für unmöglich halten, daß Holst aus diesen Gründen einen wissentlichen Meineid geleistet haben könnte.

Solche Urtheile treffen uns, wie gesagt, sehr hart, trotz alledem können wir nicht in das Verdammungsurtheil gegen die Einrichtung des Schwurgerichts und gegen die Ueberweisung namentlich der Meineidsprozesse an Geschworne einstimmen. Zunächst ist darauf hinzuweisen, daß alle diese Urtheile nicht möglich gewesen wären, wenn sich nicht Staatsanwälte gefunden hätten, die die Anklagen erhoben und in der Verhandlung mit der ganzen Gewandtheit, die die juristische Technik giebt, vertreten hätten, um eine Verurtheilung herbeizuführen. Dazu wärft man, wie stark der Gang einer Verhandlung abhängt von der Art der Leitung durch den juristisch gebildeten Vorsitzenden. In keinem dieser Fälle hat zudem das Richterkollegium des Schwurgerichts von seinem Rechte Gebrauch gemacht, die so offenbar falsch erscheinenden Sprüche der Geschwornen zu kassiren. Der Schluß ist also unabweisbar, daß die gelehrten Juristen genau denselben Irrthümern verfallen sind wie die Geschwornen, und deshalb sind alle diese Fälle recht ungeeignet, die angeblichen Vorzüge der Juristenjustiz vor der der Geschwornen nachzuweisen.

Man muß sich zunächst klar werden, welche Aufgabe die Laiengerichte haben und was man von ihnen erwarten kann, und da muß man von vornherein sagen, daß das, was das Schwurgericht leistet, etwas ganz anderes sein muß, als die Thätigkeit der gelehrten Gerichte. Stellen wir uns einmal den juristischen Richter als Typus vor,

wie er sein soll und kann, und im Durchschnitt der Fälle auch ist: er besitzt ein gewisses Maß von Kenntnissen und juristisch geschultem Denken. Der Wortlaut des Gesetzes und dessen juristischer Begriffsinhalt stehen ihm an erster Stelle, er operirt mit ihnen wie ein geschickter Handwerker mit seinem Werkzeug. Er erwirbt aber auch eine gewisse Routine in der Auffassung und Beurtheilung eines verwickelten Thatbestands, namentlich hat er die Uebung, viele Stunden, vielleicht tagelang hinter dem Gerichtstisch zu sitzen und die Vorgänge einer langen Verhandlung mit ungeschwächter Aufmerksamkeit an sich vorüberziehen zu lassen. Durch lange Erfahrung gewinnt er einen gewissen kritischen Blick gegenüber den regelmäßig vorkommenden Täuschungsversuchen. Die Handwerksmäßigkeit seiner Arbeit verleiht ihm den meisten Fällen gegenüber mindestens die Objektivität der Gleichgültigkeit; der „Fall“ interessiert ihn nur als solcher, und es wird ihm verhältnißmäßig leicht, Gefühle der Abneigung und der Gunst auszuschneiden. Alle diese Eigenschaften können die Geschwornen nicht in gleichem Maße besitzen wie die studirten Richter. Wer deshalb von ihnen verlangen wollte, daß sie genau in derselben Weise Recht sprechen sollten wie der Jurist, der thäte am besten, auf das ganze Institut zu verzichten, denn er würde etwas Unmögliches von ihm erwarten.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Für Banarbeiter ist auf dem Kasernenbau in Neuruppin, den die Firma Bethge aus Spandau ausführt, die Sperre verhängt. — Die Tapezierer und Posamentiere in Nordhausen sind in eine Lohnbewegung eingetreten und haben ihre Kündigung eingereicht. Die Geschäftsinhaber bemühen sich, von auswärtigen Gehülfen heranzuziehen. Die Kollegen der kämpfenden Arbeiter werden deshalb gebeten, was an ihrem Theile liegt, zu thun, um das Bestreben der Arbeitgeber zu nichte zu machen. — Die Ladrer Berlins haben ihre Lohnbewegung vertagt. Die Organisation wird inzwischen einen Lohnarif ausarbeiten und ihn in einigen Monaten den Arbeitgebern zur Annahme unterbreiten. — Die Lohnbewegung der Stuttgarter Schneider ist zum Abschluß gekommen. Eine Versammlung der Schneider acceptirte die Tariffrage und Tarifbestimmungen, welche die Lohnkommission in gemeinsamen Verhandlungen mit den Prinzipalen erzielt hat. In denjenigen Geschäften, welche die Forderungen nicht bewilligt haben, soll die Arbeit niedergelegt und die Sperre über sie verhängt werden. Weiter wurde beschlossen, daß der vereinbarte Tarif auf 3 Jahre Gültigkeit haben und eine ständige Tarifkontrollkommission, aus Prinzipalen und Arbeitern paritätisch zusammengesetzt, die Durchführung des Tarifs überwache. Endlich wurde die Lohnkommission ermächtigt, der Frage eines gemeinsamen, paritätisch zusammengesetzten Arbeitsnachweises näher zu treten. Auch wurde angeregt, den vereinbarten Tarif durch das Gewerbegericht festlegen zu lassen, um seinen Bestimmungen damit rechtliche Folge zu geben.

Die Zwangs-Zunungen in Berlin und Umgegend beabsichtigen, bei den Verhandlungen mit den Gehülfen oder Gesellen über Lohn- und Arbeitsbedingungen ein neues Verfahren einzuschlagen, wozu ihnen die Errichtung der Gesellen- bzw. Gehülfenausschüsse die Handhabe bieten sollen. Die Innungsmeister wollen künftighin, wie es heißt, die Lohnkommissionen, welche im Auftrage der anderen Fachgenossen die Forderungen überreichen und mit den Arbeitgebern verhandeln sollen, fortan nicht mehr ohne Weiteres anerkennen. Mit solcher Lohnkommission soll nur dann verhandelt werden, wenn der Vorstand des Gesellen- oder Gehülfenausschusses dazu gehört und dieser die aufge-

Der Kampf des Lebens.

Eine Liebesgeschichte von Charles Dickens.

(2. Fortsetzung.)

„Ha, ha, ha!“ lachte der Doctor nachdenklich, die Hände in die Taschen gesteckt. „Das große Possenspiel in hundert Akten!“

„Sie können doch sicherlich nicht wünschen, Doctor Fezzler,“ sagte Mr. Snitchey und stellte einen kleinen blauen Aktenbeutel an den Tisch, „das große Possenspiel für diese Schauspielerei abzuführen?“

„O nein,“ entgegnete der Doctor. „Gott verhüte das! Möge sie leben und darüber lachen, so lange sie lachen kann, und dann sagen mit jenem Franzosen: Die Komödie ist aus, laßt den Vorhang fallen.“

„Der Franzose,“ sagte Mr. Snitchey und guckte in den blauen Beutel, „hatte Unrecht, Doctor Fezzler; und Ihre Philosophie hat auch gänzlich Unrecht, darauf können Sie sich verlassen, und ich hab' es Ihnen schon oft gesagt. Es gäbe keinen Ernst im Leben! Wie nennen Sie einen Prozeß?“

„Einen Spaß,“ erwiderte der Doctor.

„Haben Sie mal einen Prozeß gehabt?“ frug Snitchey, von dem blauen Beutel aufblickend.

„Nein,“ antwortete der Doctor.

„Wenn Sie einmal dazu kommen,“ sagte Mr. Snitchey, „so lernen Sie vielleicht anders denken.“

Craggs, der von Snitchey repräsentirt zu werden und sich seines besondern Daseins und Ichs nur wenig oder gar nicht bewußt zu sein schien, gab jetzt eine Originalbemerkung zum Besten. Sie bezog sich auf den einzigen Gedanken, den er nicht mit Mr. Snitchey in gleicher Hälfte theilte; dafür theilten ihn einige andere Kluge und erfahrene Leute.

„Die Prozesse werden den Leuten viel zu leicht gemacht,“ sagte Craggs.

„Die Prozesse?“ frug der Doctor.

„Ja,“ sagte Mr. Craggs, „wie alles Andere. Alles auf der Welt ist heut zu Tage bloß da, um zu leicht gemacht zu werden. Das ist die Schwäche unserer Zeit. Wenn die Welt ein Spaß ist, (ich bin nicht darauf gefaßt, es zu verneinen), so sollte sie ein sehr schwieriger Spaß sein. Das Leben sollte ein möglichst anstrengender Kampf sein, Sir. Das ist sein Zweck. Aber jetzt wird es zu leicht gemacht. Wir blen die Pforten des Lebens ein. Sie sollten rosig sein. Sie werden sich bald ganz leise aufstehen lernen. Und doch sollten sie in der Angel knarren, Sir.“

Mr. Craggs schien selbst auf seinen Angeln zu knarren, wie er seine Meinung verlegte, deren Eindruck er durch sein Neuhäres bedeutend verstärkte, denn er war ein kalter, trockner, strenger Mann, in Grau und Weiß gehüllt wie ein Feuerstein, und hatte kleine funkelnde Augen, als ob man Feuer aus ihnen schläge. Alle drei Naturreiche hatten eigentlich ihren Stellvertreter in diesen drei Männern; denn Snitchey glich einer Elster oder einem Raben (nur daß er nicht so glatt und glänzend war), und der Doctor hatte ein gestreiftes Gesicht wie ein Citronenapfel, und darauf hier und da ein Grübchen, wo die Vögel gepickt haben konnten, und hinten ein kleines Röpfchen, das den Stiel vorstellte.

Als die rüstige Gestalt eines häßlichen Jünglings im Reiseanzug, und begleitet von einem Manne, der sein Gepäck trug, mit schnellem Schritt und einem Gesicht voll Frohsinn und Hoffnung, wie es zu dem Morgen stimmte, an der Gartenthür erschien, traten ihm die Drei entgegen, wie die Brüder der drei Parzen, oder wie die höchst effektiv verkleideten drei Grazien, oder wie die grauen Propheten auf der Haide und begrüßten ihn.

„Noch viele solche glückliche Tage, Al,“ sagte der Doctor leichtsinnig.

„Möge dieser glückliche Tag hundertmal wiederkehren, Mr. Heathfield,“ sagte Mr. Snitchey mit einer tiefen Verbeugung.

„Möge er vielfach wiederkehren!“ wiederholte Craggs im tiefen Waß.

„Welch eine Salbe!“ rief Alfred aus und blieb stehen, „und einer — zwei — drei — lauter Bekünder von nichts Gutem auf dem großen Lebensmeer. Ich bin froh, daß sie nicht die Ersten sind, die ich heut Morgen sehe: ich hätte es für ein böses Omen genommen. Aber Grace war die Erste — meine liebe, gute Grace — so nehme ich's mit euch Allen auf!“

„Wenn Sie erlauben, Mister, ich war die Erste,“ sagte Clemency Newcome. Sie wissen, sie ging hier draußen vor Sonnenaufgang spazieren. Ich war drin im Hause.“

„Das ist wahr! Clemency war die Erste,“ sagte Alfred.

„So stelle ich euch Clemency entgegen.“

„Ha, ha, ha! — für mich und Craggs,“ sagte Snitchey.

„Welche Entgegenstellung!“

„Sie ist vielleicht nicht so schlecht als sie aussieht,“ sagte Alfred, und schüttelte dem Doctor herzlich die Hand und dann auch Snitchey und Craggs und sah sich um. „Wo sind die — mein Gott!“

Mit einer raschen Bewegung, die für einen Augenblick Jonathan Snitchey und Thomas Craggs in nähere Berührung mit einander brachte, als sie in ihrem Geschäftskontakt festgesetzt hatten, eilte er dorthin, wo die beiden Schwefelränder standen, und — doch ich brauche nicht erst zu erzählen, wie er zuerst Marion und dann Grace begrüßte, und bemerkte nur, daß Mr. Craggs vielleicht gefunden, daß er es sich zu leicht machte.

Vielleicht um die Aufmerksamkeit abzulenken, beeilte sich Doctor Fezzler an den Frühstückstisch zu treten, und Alle setzten sich zum Mahle. Grace führte den Vorsitz, wußte sich aber so zu placiren, daß sie ihre Schwester und Alfred von der übrigen Gesellschaft schied. Snitchey und Craggs saßen

Aus Nah und Fern.

stellten Forderungen billigt. Dieser Standpunkt ist in der neueren Zeit, wo die Lohnbewegungen in verschiedenen Gewerben begonnen haben, schon mehrfach zur Geltung gebracht worden. Wo die Lohnkommission mit der neuen Institution des Gesellenausschusses nicht im Einklang war, sind die Innungsverfassungen über die Forderungen der Gesellen einfach zur Tagesordnung übergegangen. Zuletzt ist dieser Fall bei der Maler-Zwangsinnung in Spandau vorgekommen.

Die wirtschaftliche Krise tritt immer fühlbarer in Erscheinung. Bei R. Wolf (der weltbekannten Lokomotivfabrik) in Duccau-Magdeburg mußten ca. 200 Arbeiter am Sonnabend ein Schreiben unterzeichnen, laut welchem der Unterzeichnende wünscht (!), vom 12. März 1901 bis 26. März 1901 beurlaubt zu werden. Es ist seit langer Zeit das erste Mal, daß die Firma Wolf dazu schreitet, auf solche Art ihre Produktion einzuschränken. Die wirtschaftlichen Verhältnisse werden dadurch in eine recht trübe Beleuchtung gerückt.

Ueber Sonntagsarbeit in einem Staatsbetriebe beklagt sich die „Konj. Kor.“ Es ist ein faires Stück, meint sie, wenn in einem Staatsbetriebe, dem es bereits von seiner vorgelegten Behörde untersagt worden ist, die Arbeiter am Sonntag und Festtagen zu beschäftigen, dennoch nach einer kurzen Anlaufpause an dieser sogar gesetzlich verbotenen Praxis festgehalten wird. Diese Praxis wird so streng befolgt, daß es den Arbeitern in jenem Betriebe absolut unmöglich ist, den Gottesdienst zu besuchen. Die Arbeiter werden nicht etwa schickweise, sondern in ihrer Gesamtheit konsequent am Sonntag und Festtagen bis mittags 1 Uhr beschäftigt. „Urlaub“ wird nur sehr widerwillig erteilt. — Weßhalb unterläßt es das konservative Organ, den staatlichen Musterbetrieb namhaft zu machen? Im Uebrigen schäme man den sozialpolitischen Eifer der „Konj. Kor.“ nicht allzu hoch ein. Dieses ist in dem Augenblicke erloschen, sobald den Arbeitern Zeit zum Besuche des Gottesdienstes gegeben wird. Dafür, daß der Arbeiter das Bedürfnis hat, sich am Sonntag auszuruhen und zu erholen, hat das Organ kein Verständnis.

Die Kreisversammlung für den Wahlkreis Greißwald-Grömmen beschloß, für die bevorstehende Reichstags- und Provinzialparlamentarische Wahlen, die Kandidaten der Sozialdemokratie aufzustellen.

Im hiesigen Landtage kündigte Genosse Obier anlässlich der Beratung des Wahlgesetzes einen Antrag auf Einführung des allgemeinen Wahlrechts an.

Die Verbrüderung des Dresdener evangelischen Arbeitervereins mit den Hirsch-Dunderischen Gewerksvereinen hat bei den übrigen evangelischen Arbeitervereinen Sachsens keinen Anklang gefunden. Der sächsische Landesverband, der am letzten Sonntag seine diesjährige Hauptversammlung abhielt und 37 Vereine mit angeblich 14500 Mitgliedern zählt, nahm sogar im Gegensatz zu dem Dresdener Arbeiterverein eine Resolution an, die ganz den „feindlichen“ Naumannischen Geist athmet. Zu dieser Resolution wird verlangt: „1. Starke Berufsorganisation der Arbeiter ist und bleibt notwendig; 2. sie müssen unpolitisch und interkonfessionell sein; 3. Mitglieder der evangelischen Arbeitervereine haben die Verpflichtung, falls sie einer derartigen Organisation angehören, in diesem Sinne auf sie einzuwirken; 4. jedenfalls kann die Zugehörigkeit zu irgend einer Berufsorganisation kein Grund sein für den Ausschluss aus einem evangelischen Arbeiterverein, es sei denn, daß diese Organisation sich ausdrücklich in Widerspruch setzt zu den Prinzipien der evangelischen Arbeitervereine.“ Danach soll es alle in Sachsen hinfür den evangelischen Arbeitervereine unbenommen sein, in die zentralorganisierten freien Gewerkschaften einzutreten. Ferner erklärte die Hauptversammlung, daß sie es auf das Lebhafte bedauern würde, wenn die nach Speyer einberufene Delegiertenversammlung des deutschen Gesamtverbandes der evangelischen Arbeitervereine Pfarrer Naumann ausschließen würde.

Polizeilich beschlagnahmt wurde am Sonnabend die letzte Nummer der „Kölnischen Zeitung“ in Königsherg i. Pr. Anlaß dazu hat eine Notiz gegeben, in der unser Parteiblatt mittheilt, daß das Königberger Polizeipräsidium erklärt habe, es könne dem Erfinder um Abgabe der sogenannten Polizeiberichte, die alle anderen Blätter erhalten, nicht entsprechen. Am Montag wurde unser Bruderorgan abermals beschlagnahmt. Veranlassung: eine Bemerkung, die an den Bericht über die Generalversammlung der Aktionäre der Berliner Großen Straßenbahn geknüpft war. Das Reichsamt des Innern soll dadurch beleidigt sein.

einander gegenüber, zwischen sich den blauen Beutel zur Sicherheit; aber der Doktor hatte seinen gewöhnlichen Platz Grac gegenüber. Clemens übertrieb zu dem die Tisch als Antiquarier; und der melancholische Bräutigam verließ an einem kleinen Seitentisch das Amt eines Vorlesers.

„Nicht?“ jagte Britia, indem er sich Mr. Smith, Vorlesermeister und Gabriel in der Hand, näherte und ihm die Frage wie einen Stein an den Kopf warf.

„Ja,“ erwiderte der Advokat.

„Wollen Sie welches?“ jagte dann Britia zu Gragg. „Nager und braun,“ antwortete dieser. Nachdem er die Wünsche dieser beiden befragt, und den Doktor wach verjagt hatte (er schien zu wissen, daß die Anderen nach Speise nicht verlangten), blieb er den beiden Advokaten so nahe als es der Anstand erlaubte, und beobachtete sie mit hartem Auge. Nur einmal glättete sein nervöses Gesicht sich ein wenig, dies war, als Mr. Gragg, deren Zähne nicht die besten waren, sich verbeugte und von einem fröhlichen Hymnen besessen wurde, wo er mit großer Schamlosigkeit antwortete: „Ich dachte, er würde erlösen!“

„Aus, Alfred,“ sagte der Doktor, „in paar Worte über Geschäftszeiten. So lange wir noch beim Frühstück sind.“

„So lange wir noch beim Frühstück sind,“ sagten Smith und Gragg, die noch gar nicht aus Anspannung zu denken hatten.

„Obgleich Alfred nicht geschäftlich, und dem Ansehen nach gerade genug zu thun hatte, so gab er doch ehrsüchtig zur Antwort: „Wie Sie befehlen, Sir!“

Kleine Chronik.

Die von Einbrechern aus der Klasse des Amtsgerichts in Labischin entwendeten Sparkassenbücher und Dokumente wurden in benachbarten Wäldern gefunden. — Die leprakranke Familie Steinbrück (Mutter und Sohn) aus Merseburg, die sich bekanntlich seit Wochen in der medizinischen Klinik zu Halle befand, ist nunmehr nach dem Depraheim bei Memel übergeführt worden. Der Transport nach Memel erfolgte mittels Schnellzuges; von der Bahnverwaltung wurde dafür ein besonderer Packwagen eingestellt, der von der Klinik mit den erforderlichen Bequemlichkeiten für die lange Reise ausgestattet war (Zeltbetten usw.). Als Begleitung der Unglücklichen war eine Wärterin mitgegeben, die sich freiwillig hierzu angeboten hatte. Steinbrück, ein ehemaliger holländischer Offizier, der während seiner Dienstzeit auf Java seine Gattin — eine Eingeborene jener Insel — kennen lernte, bezieht eine Pension aus Holland und war seit mehreren Jahren bei der Invaliditäts- und Altersversicherung beschäftigt, welches Amt er nach Feststellung der Lepra in seiner Familie aufgeben mußte. Nun will Steinbrück, dessen älterer Sohn bis jetzt zwar gesund, aber aus sanitären Gründen doch von der Unteroffizierschule entlassen ist, alle Hebel in Bewegung setzen, um mit seiner ganzen Familie wieder nach Java übersiedeln zu dürfen. Dieser Wunsch scheint um so erklärlicher, als dem schwer geprüften Manne seit dem Bekanntwerden seines Schicksals aus Furcht vor Ansteckung das Wohnen in Privathäusern sehr erschwert, zum Theil ganz ver sagt wird. — In Werfen bei Bünde i. W. tödtete ein trunkener Schuhmacher sein vierjähriges Kind, als er im Streit mit einem Miether in der Wuth mit dem Beil auf den Gegner losging. Das Beil entglitt ihm und traf das Kind tödtlich. — Aus Goch wird geschrieben: Seit ungefähr 2 Wochen ist der Rentand der hiesigen Allgemeinen Ortskrankenkasse flüchtig. Nach den vorläufigen Ermittlungen fehlen in der Kasse mehrere tausend Mark; es sollen außerdem auch andere Unregelmäßigkeiten ermittelt worden sein. — Eine Tragödie der Mutterliebe hat vor dem Schwurgericht in Düsseldorf ihren Abschluß gefunden. Im Dezember v. J. wurde der Sohn einer 67jährigen Wittwe aus dem benachbarten Hilden unter dem dringenden Verdacht verhaftet, sich in einer Reihe von Fällen der vorläufigen Brandstiftung schuldig gemacht zu haben. Um bei der Einwohnerschaft des Ortes den Eindruck zu erwecken, daß nicht ihr im Untersuchungsgefängnisse weilender Sohn der Brandstifter gewesen sei, ging die alte Frau nunmehr selbst dazu über, am 6. Januar einen Heuschöber anzuzünden, wobei man sie abspähte. Die Alte gestand unter Schlußzügen ein, daß Mutterliebe sie zu der verzweifelten That getrieben habe und die stille Hoffnung, den Sohn dadurch vielleicht retten zu können. Das Urtheil lautete auf die gesetzliche Mindeststrafe von 6 Monaten Gefängnis. — Einen „Sternberg-Prozess“ wird auch Suba demnächst bekommen. Ein bisher hochangesehenes, reichbegüterter, verheiratheter Fabrikleiter und Großgrundbesitzer, der am 18. v. M. unter dem Verdachte schwerer Sittlichkeitsvergehen, die er auf einem nahegelegenen Gute begangen haben soll, verhaftet wurde, ist trotz eines sehr hohen Kautionangebotes bisher nicht aus der Untersuchungsgefängnis entlassen worden. — Der Kaufmann Ries aus Siegnitz, der sich als Kurgast in Meran aufhielt, war sich vor der Station Untermais in selbstmörderischer Absicht vor den einlaufenden Zug, wurde glücklich verjagt und starb bald darauf. — In Bukarest (Rumänien) ermordeten zwei Gymnasiasten eine ältere Halbweidame und beraubten sie. Der eine der jugendlichen Mörder ist ein Sohn des früheren Hofmarschalls Caudiano, der andere gehört ebenfalls einer guten Familie an. Beide Schüler wurden verhaftet und haben die That, die selbstverständlich ungeheures Aufsehen in der rumänischen Hauptstadt erregt, eingestanden. — Aus Bombay wird gemeldet: Die Volkszählung hat eine Abnahme der Bevölkerung der Präsidentschaft Bombay um 1 1/2 Millionen seit der letzten Zählung ergeben.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Der Redakteur Kley vom „Nischaffenburg Beobachter“, der anlässlich der preussischen Ordensverleihung an Lord Roberts durch einen etwas derben Vergleich zwischen diesem und dem Räuber Kneißel eine Majestätsbeleidigung begangen haben sollte, wurde vom Schwurgericht in Würzburg freigesprochen.

Wieder ein Soldatenschinder. Wegen vorzüglich körperlicher Mißhandlung und vorchristlich-widriger Behandlung von Untergebenen in 26 Fällen hatte sich der Sergeant Freimann von der 7. Kompagnie des Eisenbahn-Regiments Nr. 1 Dienstag vor dem Kriegsgericht der 2. Garde-

Inf.-Division in Berlin zu verantworten. Als Zeuge gegen ihren Vorgesetzten war die gesamte Korporalschaft, 14 Mann, erschienen. Dem Angeklagten wurden u. A. zur Last gelegt, daß er die ihm zur Ausbildung anvertrauten Rekruten bei jeder Gelegenheit gestochen, geschubst, getreten und mit dem Seitengewehr geschlagen habe. Der Pionier Lochert brachte die Mißhandlungen zuerst zur Anzeige. Er meldete die ihm widerfahrne Mißhandlung seinem Kompagniechef, dem Hauptmann von Puttkamer, und so kam die Angelegenheit vor das Kriegsgericht. Zeuge Lochert erzählte, daß sämtliche 14 Rekruten, welche zur Korporalschaft des Freimann gehörten, von dem Sergeanten gestochen und geschlagen worden seien. „Das Schlagen war in unserer Korporalschaft“, so sagte der Zeuge, „an der Tagesordnung. Wir wußten aber nicht, daß es anders ginge.“ Auf die Frage des Verhandlungsführers, warum sich die Mannschaften nicht früher über das Treiben ihres Korporalschaftsführers beschwert hätten, erklärte Lochert, sie hätten als Rekruten Angst gehabt, daß sie, falls sie dies nicht der Vorgesetzten gemeldet hätten, noch obendrein wegen unvorschriftsmäßiger Meldung bestraft worden wären. Der Angeklagte gab sein Vergehen zu, führte jedoch zu seiner Entschuldigung an, daß von oben her auf ihn gedrückt worden sei. Bald habe es geheißen, die von ihm ausgebildeten Leute seien nicht propper, bald, sie seien nicht stark genug, und da habe er geglaubt, die Leute durch Gewaltmittel erzüchten zu müssen. Der Staatsanwalt beantragte vier Monate Gefängnis. Der Gerichtshof erkannte auf drei Monate 15 Tage Gefängnis gegen Freimann. Von einer Degradation wäre Abstand genommen worden, weil der Angeklagte sich sonst gut geführt habe und der Gerichtshof der Ansicht sei, daß die Vergehen durch die Freiheitsstrafen reichlich gesühnt würden. Dagegen sei Freimann sofort zu verhaften, um so etwa weiteren unüberlegten Schritten des Angeklagten vorzubeugen.

Ueber ostelbische Schulpaläste wird der „Volksg.“ aus Ostpreußen berichtet: In Rebbeln mußte der Unterricht ausgesetzt werden, weil der Schornstein des Schulgebäudes eingestürzt war. Die Schule Wilkieten hat Ferien, da das Schulgebäude polizeilicherseits wegen Bauunfähigkeit für unbenutzbar erklärt worden ist. Schon jahrelang regnete es dort in das Schulzimmer und in die Lehrerwohnung hinein. Das Schulgebäude ist gemiethet; über den Bau eines eigenen Schulhauses schweben seit 10 Jahren Verhandlungen.

Der deutsche Kaiser hat dem „König“ Mataafa auf Samoa als Zeichen seines besonderen Wohlwollens ein Geschenk zugehen lassen. Es ist eine eigenartige kunstgewerbliche Arbeit, die Bildhauer und Eisen Otto Rohloff, Lehrer am Kunstgewerbemuseum in Berlin, nach Ungabers des Kaisers gefertigt hat. Das Ganze stellt einen mit hellem Koffhaarschweif versehenen Säuptlingsstab aus Ebenholz dar, der mit reichen Verzierungen in getriebenem Silber ausgestattet ist.

Ein junger Geschäftsmann. Ein junger Schneider wollte in einer englischen Mittelstadt einen Laden eröffnen, und um sich vor saulen Zahlern zu sichern, kam er auf eine neue Methode, die unsicheren Kunden unter den Einwohnern herauszubringen, die jedenfalls auch zu ihm kommen würden. Er rücht folgende Annonce in den Zeitungen ein: „Eine junge Dame, hübsch und sehr reich, wünscht mit einem Herrn aus guter Familie in Verbindung zu treten, mit Aussicht auf Heirath. Die Dame hat nichts dagegen, die Schulden (deren Betrag aber angegeben sein muß) ihres zukünftigen Gatten zu bezahlen. Bitte die Photographie beizulegen und an J. J. Expedition der Zeitung zu adressiren.“ Die Zahl der Antworten und Photographien war ungeheuer. Der künge Schneider ließ von den Photographien Duplikate anfertigen und schrieb die Namen und Adressen der Eigenthümer in ein Buch mit der Ueberschrift „Nutzlose Kunden.“ Die Originale wurden alsdann unter höflichen Entschuldigungen abgewiesen. Das Geschäft des Schneiders aber gedeiht.

Einem neuen Schiffskessel hat, wie man dem „B.“ berichtet, der zur Zeit in Rom weilende Kapitan-Leutnant Rust in Verbindung mit einem deutschen Ingenieur erfunden. Der neue Kessel soll die Gefahren der Wasserrohrkessel vollständig beseitigen, bei höherer Leistungsfähigkeit und größerer Ökonomie. Dem Erfinder wurden von englischer Seite bereits glänzende Anerbietungen gemacht.

„Wenn es etwas Ernsthaftes geben könnte,“ begann der Doktor, „in diesem —“

„Poffenspiel, Sir,“ ergänzte Alfred.

„In diesem Poffenspiel,“ fuhr der Doktor fort, „so wäre es dieses Zufammentreffen des Abschiedstages mit einem doppelten Geburtstag, an den ich für uns immer unger lange und freundschaftliches Beisammenleben ins Gedächtniß zurückzurufen wird. Doch das gehört nicht hierher.“

„D ja, Doktor Zedler,“ sagte der Jüngling. „Wohl gehört es hierher, das setzt mir mein Herz tiefen Morgen, und Ihres würde es auch thun, wenn Sie ihm Gehör schenken wollten. Ich verlasse heut Ihr Haus; ich höre heute auf Ihr Bündel zu sein; wir scheiden als halbe Verwandte, die ein Band lösen, während andere schon in der Zukunft uns winken.“ er blühte bei diesen Worten auf. „Nur, die neben ihn saß, herab — „Wende so reich an Hoffnungen, wie es Worte nicht sagen können. Sie sehen,“ sagte er heiter hinzu, „Sie sehen, Doktor, es ist noch ein fröhliches Gesicht in diesem großen närrischen Haufen Staub. Heute wollen wir wenigstens zugeben, daß noch ein Körnchen Ernst vorhanden ist.“

„Heute!“ rief der Doktor. „Hört mir, hört! ha, ha, ha! Heute vor allen Tagen in dem närrischen Jahre. Was, heute, wo hier die große Schlacht geschlagen wurde? Auf dieser Stelle, wo wir jetzt sitzen, wo ich meine Mädchen heute Morgen tanzen sah, wo das Objt zu unserem Frühstück eben geplatzt wurde von diesen Bäumen, die nicht in der Erde, sondern in Menschen wurzeln, traf so viele der Ich, daß in meiner Jugend noch viele Menschenalter später, ein ganzer Kirchhof voll Gebeinen und Staub von Gebeinen, und Später gräßlicher Schädel hier ausgegraben wurde.“

Und doch wußten nicht hundert Menschen in dieser Schlacht für was und warum sie kämpften; nicht hundert von denen, die über den Sieg frohlockten, warum sie es thaten! Nicht fünfzig Menschen wurden glücklicher durch den Gewinn und den Verlust. Nicht sechs Menschen sind bis heute über die Ursache und die Wirkungen einig; kurz, Niemand, außer den um die Erschlagenen Trauernden, hat jemals etwas Bestimmtes davon gewußt. Ernst!“ sagte der Doktor lachend.

„Eine solche Welt!“

„Aber mir scheint dies Alles sehr ernst zu sein,“ sagte Alfred.

„Ernst!“ rief der Doktor aus. „Wenn Sie solche Dinge als ernst gelten lassen wollen, so müssen Sie verrückt werden, oder sterben, oder auf einen hohen Berg steigen und Einsiedler werden.“

„Und dann ist's so lange her,“ sagte Alfred.

„Lange her!“ entgegnete der Doktor. „Wissen Sie, was die Welt seit dieser Zeit getrieben hat? Ich weiß es nicht!“

„Sie hat ein wenig prozessirt,“ bemerkte Mr. Smith, und rührte seinen Thee um.

„Obgleich es den Leuten immer zu leicht gemacht worden ist,“ sagte sein Compagnon.

„Und Sie werden mir erlauben, zu sagen, Doktor,“ fuhr Mr. Smith fort, „obgleich ich Ihnen schon tausendmal meine Meinung zu erkennen gegeben habe, daß ich in der Welt, indem sie prozessirt, und überhaupt in dem System ihres Gerichtswesens etwas wahrhaft Erntes, etwas Reelles erkenne, etwas was seine Absicht und seinen Zweck hat —“

Clemens Newcome ließ jetzt an den Tisch, daß alle Teller und Tassen klapperten. (Fortsetzung folgt.)